

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2013

Fragebogen zur Zwangsarbeit

Korea-Konferenz in Berlin

Veranstaltungen zum 17. Juni

1944

България

забранена истина



Verbotene Wahrheit

Bulgarien

1989

Aktuell

- 3 Gründliche Forschung erforderlich
Feierliche Benennung
„Gedächtnis der Nation“
Kommentar

Recht

- 4 Nach dem Verfahren kränker als zuvor
Neue Formulare

Fragebogen

- 5 Zum Forschungsprojekt der UOKG
„Zwangsarbeit in der SBZ/DDR“

Konferenz

- 6 Zwölfte Internationale Konferenz für nordkoreanische
Menschenrechte und Flüchtlinge

International

- 7 Friedlicher Kampf für Menschenrechte
Uigurischer Widerstand

Interview

- 8 Aufarbeitung hat viele Facetten –
Gespräch mit Birgit Neumann-Becker

Gedenkstätten

- 10 Es zählt das Ergebnis

Ausstellung

- 12 „Bulgarien 1944–1989. Verbotene Wahrheit“

Berichte

- 13 Belter-Dialoge 2013
Der große Transport
- 15 Akteneinsicht steht im Vordergrund
Leserbrief

Verbände

- 16 17. Juni in Berlin
Gedenken in Chemnitz
Gedenktafel
Meinung

Service/Bücher

- 17 „Sie hätten den Kater längst gegessen“
- 18 Stasi entdämonisiert

Service/Veranstaltungen

- 17 Veranstaltungen zum 17. Juni
- 18 Veranstaltungen

Umschlagbild:

Plakat der Wanderausstellung
„Bulgarien 1944–1989.
Verbotene Wahrheit“ (s. S. 12).

Graphik: Fanna Kolarova

Das Erbe des 17. Juni

Von Rainer Wagner

Als am 17. Juni 1953 russische Panzer den sehnsüchtigen Ruf der mitteleuropäischen Demonstranten, „Wir wollen freie Menschen sein“, niederwalzten, schien es, als wäre wieder einmal eine deutsche Revolution in einem Meer von Blut und Tränen ertränkt und ihre Protagonisten durch Kerker und Flucht ausgeschaltet. Nicht wenige Historiker ordnen deshalb den sich nun zum sechzigsten Mal jährenden Arbeiteraufstand unter die Niederlagen, welche deutsche Demokraten auch 1848 oder beim Hitlerattentat 1944 erlitten, ein. Aber dies ist ein Irrtum. Rückblickend sehen wir, daß der 17. Juni die Initialzündung der Befreiungsbewegung Osteuropas war, die nicht nur die frühere DDR, sondern den ganzen sowjetischen Machtbereich 1989 vom Terror des roten Totalitarismus befreite. Scheinbare Niederlagen, wie die Erhebungen in Polen, die Revolution in Ungarn 1956 und der niedergeschlagene Prager Frühling 1968, ebneten den Weg zum Fall der Mauer am 9. November 1989 und zum Untergang der kommunistischen Gewaltherrschaft im einstigen Ostblock. Natürlich mußten allein in der damaligen DDR über 400 000 Menschen ihre demokratische Haltung mit Zuchthaus, Enteignungen, Zerstörungen von Familie und Lebensperspektiven bezahlen.

Aber nicht die „rotlackierten Faschisten“, wie der in Nazi-KZs inhaftierte SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher später Ulbricht und Konsorten nannte, siegten am Ende, sondern Freiheit und Demokratie. Am 16. Juni dürfen wir mit der Umbenennung des Platzes vor dem Bundesfinanzministerium in „Platz des Volksaufstandes von 1953“ ein Zeichen des Sieges der Freiheit über die Knechtschaft erleben. Dies ist auch ein Erfolg des langen Engagements der UOKG und ihrer Mitgliedsverbände.

Sicher, manchmal ist es frustrierend, den Mißbrauch der Freiheit durch ihre Gegner mit anzusehen. Auch müssen wir zu vielfältigen Ungerechtigkeiten, wie das Rentenunrecht für DDR-Flüchtlinge, Mängel in den Unrechtsbereinigungsgesetzen oder die Problematik nicht entschädigter und nicht anerkannter Verfolgtengruppen, Stellung beziehen.

Aber unsere Demokratie, mit all ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten, ist mehr wert als das Sklavenglück, daß sich manch buckelnder Angepaßter in der DDR ergattern konnte.

Außerdem ist es unsere moralische Pflicht, die Stimme für die noch immer unter Unfreiheit, Terror oder Totalitarismus Leidenden zu erheben. Als uns in der DDR zeitweise durch Haft und Druck die Stimme genommen wurde, waren es Freunde im freien Teil Deutschlands, die für uns das Wort ergriffen. In den letzten Wochen führte mich mein Weg beruflich in ein mittelasiatisches, islamisches Land. Dort wurde kurdischen Christen von islamischen Extremisten angedroht, sie zur Abschreckung öffentlich zu verbrennen. Den Betroffenen stand das Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Auch in der gelenkten Demokratie eines Putin ist wirkliche Freiheit weiter eine Gefängnis-pflanze, für die einige in den letzten Jahren sogar ihr Leben opfern mußten. Nicht vergessen sein darf auch das Elend der Gefangenen in den Lagern Nord-Koreas oder die menschenverachtende Ausbeutung in Rot-China und die Unterdrückung in Vietnam oder Kuba.

Am 18. Juni findet in Berlin eine hochrangige Konferenz für die Menschenrechte in und die Flüchtlinge aus Nord-Korea statt, den die UOKG gemeinsam mit der koreanischen Bürgerallianz ausrichtet. Es wäre ein Zeichen der Solidarität, wenn viele von Ihnen an der Veranstaltung in den Räumen der Bundesstiftung Aufarbeitung teilnehmen würden (s.S. 6).

Wir engagieren uns dafür, daß es auch in Deutschland endlich ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gibt. Dieses wichtige Ziel findet in der letzten Zeit immer mehr Fürsprecher, so daß wir Hoffnung haben, ein solches Mahnmal in absehbarer Zeit einweihen zu dürfen. Aber bei allem Einsatz für Aufarbeitung, Erinnerung und Entschädigung werden wir die noch leidenden Kameraden im Machtbereich des real existierenden Totalitarismus nicht vergessen. Auch das ist ein Auftrag der Opfer des 17. Juni. 

Gründliche Forschung erforderlich

(hn) Bereits im April dieses Jahres hat sich die Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit dem Thema „Verlauf und Folgen der Medikamententests an DDR-Bürgern“ befaßt. Die Landesbeauftragten erklärten dazu:

„In jüngster Zeit wurde bekannt, daß westliche Pharma-Unternehmen offenbar in erheblichem Umfang Medikamente an Patienten in DDR-Krankenhäusern testen ließen. Eine Vorrecherche im Auftrag der Thüringer Landesbeauftragten ergab, daß es solche Testreihen in unterschiedlichem Umfang verstreut in der gesamten Republik gab.

Dabei waren auch problematische Testmethoden wie Double-Blind-Tests im Einsatz. Angesichts der für den DDR-Alltag bekannten erheblichen Differenz zwischen Gesetzestexten und deren Umsetzung bestehen begründete Bedenken, ob die damals international üblichen ethischen und die juristischen Festlegungen eingehalten wurden. Daß die Staatssi-

cherheit von Anfang an diese Geschäfte überwachte, läßt den Verdacht aufkommen, daß konkrete Umstände verschleiert und geheimgehalten werden sollten.

Vor allem ist ungeklärt, ob die Patienten in jedem Fall umfassend über die Tests und deren Konsequenzen für ihre Gesundheit informiert wurden und ihr Einverständnis erklärten. Wenig bekannt ist bisher über die entsprechenden Verhandlungen zwischen dem DDR-Gesundheitsministerium und den Pharma-Firmen. Zu untersuchen wäre auch, in wieweit die bundesdeutschen Firmen und Kontrollbehörden die Einhaltung der in den Verträgen mit der DDR vereinbarten Testbedingungen überprüft haben, insbesondere hinsichtlich der Freiwilligkeit und Aufklärung der Probanden.

Die Landesbeauftragten setzen sich für eine umfangreiche und auf alle östlichen Bundesländer bezogene Untersuchung dieser Testreihen ein. Sie begrüßen, daß es bereits verschiedene Initiativen für

tiefgehende Untersuchungen gibt. Zugleich machen sie darauf aufmerksam, daß erst durch eine flächendeckende Studie eine tragfähige Kenntnis über Umfang und Verfahren dieser Tests erzielt werden kann. Sie empfehlen daher, die Forschungsmittel zu bündeln und eine die Bundesländer übergreifende Koordination sicherzustellen.“

„Gedächtnis der Nation“

(kr) Das Zeitzeugenprojekt „Gedächtnis der Nation“ will die Erinnerungen von Menschen aufbewahren. Dazu touren die Mitarbeiter mit einem mobilen Aufnahmestudio durch ganz Deutschland. Zur Zeit suchen sie Zeitzeugen des Volksaufstandes 1953.

Vom **17. bis 21. Juni 2013** werden sie an der Bernauer Straße (Lazarus-Stiftung, Bernauer Str. 115, 13355 Berlin) Station machen und die Interviews führen. Die Gespräche dauern zwischen 30 und 80 Minuten und werden mit professioneller Kamertechnik aufgezeichnet. Das Material wird anschließend ausgewertet und auf der Zeitzeugenbank www.gedaechtnis-der-nation.de veröffentlicht.

Mittlerweile hat der gemeinnützige Verein mit Bildungsauftrag mehr als 3700 Clips zusammengestellt. Die Initiative zum Zeitzeugenportal ging u.a. von Hans-Ulrich Jörges (stern) und Guido Knopp (ZDF) aus, Schirmherr des Vereins ist Bundespräsident Joachim Gauck.

Feierliche Benennung

(st) 60 Jahre nach der Niederschlagung des DDR-Volksaufstandes 1953 soll nun der Platz vor dem Bundesfinanzministerium mit seinem Namen an die Ereignisse erinnern. Am

Sonntag, dem 16. Juni 2013, 12.00 Uhr,

wird der Platz an der Ecke Leipziger Straße/Wilhelmstraße feierlich in „Platz des Volksaufstandes von 1953“ benannt.

Kommentar

Oscar am Ende

Der Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke und frühere Vorsitzende der Partei, Oskar Lafontaine, hat angekündigt, nicht mehr für den Bundestag oder für Ämter innerhalb der Partei kandidieren zu wollen, außer als Fraktionsvorsitzender im Saarländischen Landtag. Den Grund nennt er selbst, daß nämlich für die Durchsetzung seines Hauptanliegens, die Neuordnung der Finanzwirtschaft, im Moment keine Realisierungschancen bestehen.

Damit hat er allerdings recht. Viele halten schon lange die radikalen Vorschläge der Linkspartei für nicht realisierbar und sehen ein schrittweises Vorgehen, wie z.B. von der EU geplant, als vernünftigeren Weg, auch wenn dabei nicht alle Hürden genommen sind. Aber Lafontaine hätte ja auch selbst aus seiner Vergangenheit lernen können. Im Saarland war er einmal ungekrönter König – dann jedoch ging alles verloren. Die Reihe seiner Fehlleistungen als Finanzminister, seine Nähe zum

DDR-Regime und seine zögerliche, indifferente Haltung bei der Vereinigung, die versuchte Blockade durch den Bundesrat unter Helmut Kohl, überzogene Forderungen und Vorstellungen als Chef der Linkspartei ließen ihn in seiner Bedeutung immer weiter sinken. So hat er zielstrebig auf das jetzige Ende zugesteuert.

Das Ende von Lafontaine ist jedoch nicht nur sein persönliches Waterloo. Weil seine Vorstellungen auch die tragenden Ideen der Partei sind, hat er mit seinem Rückzug eingeräumt, daß auch die Partei als Ganzes mit ihrer Programmatik gescheitert ist. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Linken die Fähigkeit vermissen lassen, in einer demokratischen Gesellschaft Politik zu gestalten – offensichtlich gelingt das nur mit Zwang und MfS.

Hans-Peter Schudt

Nach dem Verfahren kränker als zuvor

Berliner Senatsverwaltung sieht kaum Handlungsbedarf

Am 3. April dieses Jahres trafen sich im Gebäude der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Vertreter der UOKG, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, des Bürgerbüros in der Bernauer Straße und der psychosozialen Beratungsstelle Gegenwind mit dem damals zuständigen Staatssekretär Michael Büge, dessen Referentin und einem Vertreter des Landesamts für Gesundheit und Soziales. Es sollten Möglichkeiten erörtert werden, wie die Verfahren zur Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden im Land Berlin verbessert werden könnten.

Diese Verfahren sind, wie viele Leser sicher aus eigener Erfahrung wissen, oft sehr zermürbend. Sie nehmen häufig Jahre in Anspruch, die Antragssteller müssen sich durch teilweise mehrere, psychisch anstrengende Begutachtungen quälen. Oft fühlen sich die Antragssteller von den Behörden schlecht behandelt und schikaniert. Gutachter, die zum Teil unsensibel und unterkühlt vorgehen, tun das ihrige dazu. Manche Betroffene müssen sich zur Krönung des Ganzen schließlich noch einer Begutachtung durch einen Spe-

zialisten für Simulationen unterziehen. Kurzum: es kommt nicht selten vor, daß Betroffene aus dem Anerkennungsverfahren kränker hervorgehen, als sie es begonnen hatten.

All diese Probleme sollten Gegenstand des Gesprächs werden. Von Seiten der Opferverbände wurde vorgeschlagen, in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung einen Gutachterpool zu erstellen, in dem ausgewiesene Experten für verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden zu finden sind. Die Behörde müßte dann für die Anerkennungsverfahren nur auf einen Gutachter aus diesem Pool zurückgreifen. Dabei wurde betont, daß es nicht um die Erhöhung der niedrigen Anerkennungsquoten gehe und auch nicht darum, Gefälligkeitsgutachten erstellen zu lassen. Zweck solle lediglich sein, künftig Gutachter zu bestellen, die in angemessener sensibler Weise auf die besondere Situation der Betroffenen einzugehen vermögen.

Das Ergebnis war ernüchternd. Es gab keine Bereitschaft von Seiten der Senatsverwaltung, in diesen Fragen auf die Betroffenen zuzugehen. Im Gegenteil, aus Sicht des Senats schien es an dem Verfahren nichts auszusetzen zu geben. Die Betroffenen würden ja schließlich von geschulten Gutachtern untersucht, die aus einem Gutachterpool rekrutiert würden. Die Frage, welche besonderen Anforderungen man an die Gutachter stelle, konnte nicht hinreichend beantwortet werden. Auch ein im Anschluß an nochmaliges Nachhaken

verfaßtes Schreiben gibt keinen weiteren Aufschluß darüber. Dort heißt es: „Bei Begutachtungen nach dem StrRehaG, HHG und VwRehaG werden darüber hinaus zusätzliche Kenntnisse gefordert hinsichtlich der Besonderheiten politischer Verfolgung. Bei Gutachterinnen und Gutachtern, die für Gutachten der genannten Rechtsgebiete eingesetzt werden, liegen die Voraussetzungen regelmäßig vor.“ Regelmäßig heißt: manchmal eben auch nicht. Pech für den Betroffenen.

Die Frage nun, wie es denn mit der Einrichtung eines Pools besonders geeigneter Gutachter stünde, wurde mit einem beliebigen Totschlagargument der Verwaltung vom Tisch gewischt: Die Anträge auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden seien zahlenmäßig derart gering, daß es keinen Sinn ergebe, die bisherige Praxis zu ändern. Dies mache man nicht wegen ein paar Dutzend Anträgen.

Lediglich in einem Punkt war Büge ohne weitere Diskussion bereit, den Auffassungen der Opferverbände zu folgen. Auf die Anmerkung, die Betroffenen könnten sich noch nicht einmal sicher sein, ob ihnen in dem Gutachter nicht ein ehemaliger Stasi-Mann gegenüber sitze, reagierte er blitzschnell: So etwas dürfe es nicht geben. Eine juristische Prüfung, inwieweit externe Gutachterinnen und Gutachter auf eine Stasi-Mitarbeit überprüft werden können, findet derzeit statt.

Florian Kresse, Jurist

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Neue Formulare

Hinweis der Geschäftsstelle der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Der Antragsvordruck der Stiftung für Leistungen nach § 18 HHG bzw. § 18 StrRehaG wurde u.a. auf Grund rechtlicher Änderungen komplett überarbeitet. Die Stiftung verweist Antragsteller und Beratungsstellen darauf, daß nach Ablauf einer Übergangszeit nur noch diese Antragsvordrucke bearbeitet werden können. Insbesondere die zahlreichen im Internet zu findenden älteren Versionen oder eigenhändig modifizierte Formulare werden künftig zurückgesen-

det, was zu einer erheblichen Verzögerung bei der Unterstützungszahlung führen kann.

Wichtigste Änderung: Auf Grund von Änderungen im System des europäischen Zahlungsverkehrs ist neben den bisherigen Angaben zur Kontonummer und Bankleitzahl zukünftig *zwingend* die Mitteilung der sogenannten IBAN und des BIC- bzw. SWIFT-Codes erforderlich. Sofern nicht bekannt, können die An-

tragsteller diese Angaben direkt bei der Hausbank erfragen, den Kontoauszügen entnehmen oder in vielen Fällen auch auf den Internet-Portalen der jeweiligen Banken finden.

Beratungsstellen und Behörden können auf Anfrage gerne Formulare in größerer Menge zur Verfügung gestellt werden.

Michael Schumny,
Geschäftsführer

Fragebogen zum Forschungsprojekt der UOKG „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR(1945 – 1990)“

Liebe Leserinnen und Leser! Seit drei Monaten sammeln Dr. Christian Sachse und Laura Hottenrott nun Zeitzeugenberichte und Dokumente zur Zwangsarbeit. Es gibt einen Fragebogen im Internet, den man direkt am Computer ausfüllen kann (www.ddd-zwangsarbeit.info). Manche rufen auch an und lassen sich einen Fragebogen in Papierform zuschicken, auf Wunsch auch mit einem Freiumschlag (030 955 944 75 – Anrufbeantworter). Heute wollen wir Ihnen Gelegenheit geben, die Fragen kennenzulernen und gleich zu beantworten. Legen Sie ein Blatt Papier neben diese Zeitung und schreiben Sie uns. Dazu schreiben Sie einfach die Nummer der Frage und Ihre Antwort dazu auf ein leeres Blatt.

Bitte schreiben Sie möglichst lesbar!

1. Zur Person

Name, Vorname, Geburtsjahr, Geschlecht (männlich, weiblich)

Ihren Namen müssen Sie nicht nennen. Dann nehmen wir Ihre Angaben anonym auf. Geschlecht und Geburtsjahr sind aber wichtig.

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse oder Postadresse

Die Angabe benötigen wir nur, wenn Sie Kontakt mit uns aufnehmen wollen.

2. Zeit, Ort und Art der Zwangsarbeit

Benutzen Sie bitte für jede Einrichtung ein neues Blatt.

A: Das Jahr der Einlieferung

B: Art der Einrichtung

Beispiele: Untersuchungshaftanstalt, Strafvollzugsanstalt, Jugendhaus, Haftarbeitslager, Arbeits- und Erziehungslager, Arbeitererziehungskommando, Polizeilager, Jugendwerkhof, Durchgangshaus...

C: Ort der Einrichtung

Eventuell angeben: Außenstelle

D: Gab es für die Einlieferung politische Motive?

E: Welche?

F: Für welchen Betrieb haben Sie gearbeitet? Wissen Sie den Namen des Betriebes?

G: Beschreiben Sie kurz die Arbeit...

Beispiele: Gleisarbeiten für Reichsbahn, Schmiede im LKW-Werk Ludwigsfelde, Tiefbau im BMK-Süd, Chemie in Bitterfeld, Fließband (z.B. Hemden nähen) im Gefängnis

H: Wie bewerten Sie die Arbeit?

Positiv, verkraftbar, schwer verkraftbar, jahrelange Folgeschäden, lebenslange Folgeschäden

I: Haben Sie Produkte für den Westen hergestellt?

Ja, nein, weiß nicht...

J: Produkte, Empfänger, Normen, Strafen...

Bitte versuchen Sie das Produkt und den Empfänger zu beschreiben. Beispiele für Produkte: Braunkohle, Hemden, Teile für Kameras. Beispiele für Empfänger: Quelle, IKEA, unbekannt, Buna, NVA, etc. Hier ist auch Platz, um die Arbeitsabläufe und Bedingungen zu beschreiben. Wichtig sind auch Informationen über Normen, Bezahlung und Strafen.

3. Weitere Fragen

A: Ich bin im Besitz von Dokumenten oder Fotos, die ich dem Projekt zu Verfügung stellen kann.

Bitte kurz beschreiben.

B: Ich möchte Ihnen als Zeitzeuge zur Verfügung stehen.

Telefonisch, zu Hause, an einem bestimmten Ort

Wenn Sie diese Fragen positiv beantwortet haben, benötigen wir Ihre Adresse oder Telefonnummer!

4. Über diese Fragen hinaus möchte ich Ihnen noch folgendes mitteilen:

Bitte schreiben Sie uns, was Sie in diesem Zusammenhang noch bewegt.

Zum Schluß möchten wir Ihnen erklären, wie wir mit Ihren Angaben umgehen: Ihre Daten werden ausschließlich von den Mitarbeitenden des Projektes bearbeitet, die zu absoluter Verschwiegenheit verpflichtet sind. Zur Verarbeitung werden die Daten anonymisiert, d.h. Name, Vorname, E-Mail, Kontakt werden zu diesem Zweck gelöscht. Sollten sich in den Fragen Informationen befinden, die Rückschlüsse auf Personen zulassen, werden sie ebenfalls gelöscht.

Bitte schicken Sie Ihre Angaben an:

UOKG
Dr. Christian Sachse
Projekt Zwangsarbeit
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Mit Ihrer Unterstützung können wir es schaffen, etwas Licht ins Dunkel des Themenkreises „Zwangsarbeit in der DDR“ zu bringen und hoffentlich auch die Verantwortlichen dazu bringen, sich ihrer Verantwortung zu stellen und Konsequenzen zu ziehen. Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Dr. Christian Sachse und Laura Hottenrott

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung: (030) 23 24-7000
Montag bis Donnerstag 8.00-17.00 Uhr, Freitag 8.00-14.00 Uhr

Zwölfte Internationale Konferenz für nordkoreanische Menschenrechte und Flüchtlinge

Dienstag, 18. Juni 2013

Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

Organisatoren: Bürgerallianz für nordkoreanische Menschenrechte und Flüchtlinge (NKHR)

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)

Sponsoren: Nationalstiftung für Demokratie (NED), USA, Chosun Ilbo, Süd-Korea

Die internationale Konferenz der NKHR richtet ihr Augenmerk auf die Menschenrechtslage in Nord-Korea sowie die Probleme der nordkoreanischen Flüchtlinge und beinhaltet die Zusammenarbeit mit Aktivisten, NGOs, Medien und Diplomaten weltweit. Seit 1999 wurde die Konferenz in großem Maßstab durchgeführt und konzentrierte sich darauf, breite Aufmerksamkeit sowohl international als auch in der koreanischen Gesellschaft zu wecken.

Seit der ersten Konferenz 1999 in Seoul hat die NKHR insgesamt elf internationale Konferenzen in Japan, Tschechien, Polen, Norwegen, Großbritannien, Australien, Kanada und der Schweiz abgehalten.

Ursprüngliches Ziel der Konferenz war es, ein Bewußtsein für die Interessen der nordkoreanischen Flüchtlinge zu schaffen. Zum Beispiel haben Konferenzen seit 2003 ein Netzwerk von NGOs aufgebaut, welche gemeinsam zugunsten der UN-Resolution für Menschenrechte in Nord-Korea arbeiten. Die Konferenzen in Australien und Kanada haben zu einem größeren Engagement von Parlamentariern geführt, die sich für besondere Maßnahmen zum Schutz nordkoreanischer Flüchtlinge bei ihren jeweiligen Regierungen einsetzen. Darüber hinaus haben friedliche Straßenproteste, Filmvorführungen über nordkoreanische Menschenrechtsthemen und unterschiedliche kulturelle Darbietungen vor den Konferenzen größere Aufmerksamkeit bei den Bürgern der Gastländer erregt.

Ein Resultat dieser Aktivitäten war ein Untersuchungsausschuß zur Menschenrechtssituation in Nord-Korea, der von der 22. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission am 21. März 2013 eingerichtet wurde.

Weil die EU beträchtlichen Einfluß auf Nord-Korea hat, ist es wichtig, daß sie eine Rolle dabei übernimmt, Nord-Korea die Notwendigkeit klarzumachen, die Menschenrechtslage zu verbessern. Eine internationale Konferenz in Deutschland wird hilfreich sein, die Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel vorzubereiten, weil hierfür bereits deutsche Erfahrungen zur Verfügung stehen.

Programm

(Konferenzsprachen:

Deutsch/Englisch/Koreanisch)

Montag, 17. Juni 2013

19.00–22.00 Uhr: Filmvorführung „Crossing“, Regie: Kim Tae-Gyun

Dienstag, 18. Juni 2013

09.00 Uhr: Anmeldung der Konferenzteilnehmer

09.30–10.30 Uhr: **Eröffnung**

Moderation: Jae-chun Won, Professor an der Handong International Law School

- Begrüßung: Rainer Wagner, UOKG-Vorsitzender; Carl Gershman, Präsident des NED (angefragt)
- Grußworte: Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung; Klaus Wowerit, Regierender Bürgermeister von Berlin (angefragt)
- Grundsatzrede: Markus Löning, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung

10.30–12.15 Uhr: **Themenblock 1** – Die Kontrolle der Gedanken. Das System der Überwachung

Leitung: Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM

- Dokumentation
- Nordkoreanische Situation: Das Nordkoreanische Kastensystem und das System der Überwachung und Bestrafung aus Menschenrechts- und sozialpolitischer Sicht, Man-ho Heo, Professor an der Kyungpook Universität; Frauen in politischen Arbeitslagern in Nord-Korea, Hye-sook Kim, Überlebende eines nordkoreanischen Gefängnislagers

- Deutsche Sichtweise: Die Stasi und das System der Überwa-

chung, Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Politische Gefangene in Ostdeutschland, Siegmund Faust, Schriftsteller, ehemaliger politischer Häftling in der DDR

12.15–13.30 Uhr: Mittagspause

13.30–15.00 Uhr: **Themenblock 2** – Die Frage der Abschiebung

Leitung: Suk-woo Kim, ehemaliger Vize-minister für Wiedervereinigung in Süd-Korea

- Dokumentation
- Nordkoreanische Situation: Zeugnis eines Opfers der Abschiebung, Lee Myung-sook, Abschiebungs-Opfer; Chinas Abschiebung von nordkoreanischen Flüchtlingen, Jae-chun Won, Professor, Handong International Law school

- Deutsche Sichtweise: Prof. Dr. Stefan Appellius

15.00–15.15 Uhr: Kaffeepause

15.15–17.15 Uhr: **Themenblock 3** – Deutsche Auswirkungen auf die koreanische Halbinsel. Lehrstunde über Unterschiede

Leitung: Rainer Wagner, UOKG-Vorsitzender

- Südkoreanische Situation: Umsiedlung und Unterstützung für nordkoreanische Umsiedler in Süd-Korea, Yoon-sook Park, Professor an der Welt-Cyber-Universität, Süd-Korea; Internationale Herangehensweise an Menschenrechtsverletzungen in Nord-Korea. Gegenwart und Zukunft, Julie de Rivera, Direktorin des Genfer Büros von Human Rights Watch

- Deutsche Sichtweise: Gefangenenfreikauf in Deutschland als Modell für Korea, Elke-Ursel Hammer, Bundesarchiv; Vor und nach der „Wende“. Westdeutschlands Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in der DDR, Prof. Manfred Wilke, Soziologe; Das System der Unterstützung für die Opfer des DDR-Regimes, Stephan Hilsberg MdB, Staatssekretär a.D. und Gründungsmitglied der SPD in der DDR

17.15–17.30 Uhr: Schlußbemerkungen, Benjamin H. Yoon, Vorstand NKHR 

Friedlicher Kampf für Menschenrechte

Auf der 41. Jahreshauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) vom 12. bis 14. April 2013 in Bonn hielt die Sprecherin der kubanischen „Damen in Weiß“, Berta Soler, das folgende Grußwort.



Berta Soler.

Wir sind die Damen in Weiß. Wir kämpfen friedlich für die politischen Gefangenen und die Menschenrechte auf Kuba. Wir haben uns im März 2003 gegründet, als 75 Oppositionelle auf einmal verhaftet wurden, darunter nur eine Frau, ansonsten waren es die Ehemänner der Damen in Weiß. Die Liebe zur Familie, zur Freiheit und zum Vaterland hat uns dazu geleitet, für die Freiheit unserer Lieben zu kämpfen. Wir sind nun 10 Jahre alt. Wir gehen jeden Sonntag auf die Straße im Rahmen einer Demonstration zur Kirche Santa Rita in Havanna. Dabei treten wir ein für die Menschenrechte und stützen uns auf den Glauben an Jesus Christus. Die Ideologie spielt dabei keine Rolle; wir haben alle die


gleichen Grundrechte. Wir leiden an jeder Art von Verfolgung: Wir werden geschlagen, wir werden verhaftet, wir werden ins Gefängnis gesteckt, nur weil wir für die Freiheitsrechte eintreten. Die kubanische Regierung will uns zum Schweigen bringen. Sie sind zwar an der Macht, aber wir haben die moralische Stärke.

Viele Damen in Weiß wurden auch ins Gefängnis gebracht, und wir treten auch für unseren religiösen Glauben ein. Jeden Sonntag gehen ca. 40 Damen in Weiß zu dem Gefängnis, um dort zu demonstrieren. Vor kurzem sind im Osten der Insel 60 Damen in Weiß wegen solcher Demonstrationen verhaftet worden. Man schlägt uns auf offener Straße, man nimmt uns gefangen, man verschleppt uns, man bringt uns ins Gefängnis. Das geschieht regelmäßig und wir werden schlecht und menschenunwürdig im Gefängnis behandelt.

Wir sind inzwischen mehr als 200 Damen in Weiß, die diese Aktivitäten vollbringen. Wir haben natürlich viele Einwohner in Kuba, und daher erfahren wir immer mehr Unterstützung und trotz der permanenten Unterdrückung wachsen wir. Wir lieben die Freiheit, wir lieben den Frieden und deswegen kämpfen wir auf der Straße auf friedliche Art und Weise für die Freiheit unserer Lieben, aber ganz generell für die Menschenrechte in Kuba. Im Moment sind zwei Damen in Weiß inhaftiert. Eine ist seit über einem Jahr in Haft, die andere wurde im November 2012 verhaftet. Das macht die kubanische Regierung, um uns zum Schweigen zu bringen. Aber unsere

Liebe zum Vaterland ist stärker als alle Gitterstäbe. Wir werden, was auch immer geschieht, weitermachen für unsere Lieben und für die Menschenrechte in Kuba. Wie schon gesagt, unsere Mitgliederzahlen steigen, wir wachsen weiterhin.

Wir hatten ja durch einen unvorhergesehenen Tod unsere Sprecherin Laura Polan verloren. Die kubanische Regierung hatte gehofft, daß durch diesen Verlust die Damen in Weiß geschwächt würden. Das ist aber nicht eingetreten. Alle Aktivitäten der Regierung dienen dazu, die Damen in Weiß zu zerstören. Aber jeden Tag organisieren wir uns neu, wir festigen unsere Reihen und fahren fort im Kampf. Im Moment haben wir in Kuba mehrere hundert politische Gefangene, nur weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch nehmen. Deswegen braucht Kuba die Damen in Weiß, und wir haben die Verpflichtung, den Gefangenen die Freiheit zurückzubringen.

Heute sind wir hier, um Sie aus erster Hand über die Menschenrechte in Kuba, die politischen Gefangenen auf Kuba und über die Arbeit der Damen in Weiß zu informieren: Die Gefängnisbedingungen sind verheerend, das Essen ist für Schweine, sie werden behandelt wie Hunde. Dennoch sind viele Männer und Frauen in der Lage, ihren Kampf für die Menschenrechte und die Befreiung der Gefangenen fortzusetzen. Wir möchten ein Kuba, in dem die Menschenrechte geachtet werden. Wir möchten einen Rechtsstaat und ein Kuba ohne Castro. 

Uigurischer Widerstand

Nachrichten aus dem fernen Xinjiang, der westlichsten Provinz der Volksrepublik China, dringen nicht häufig und oft mit gewisser Verspätung in die Außenwelt. Handelt es sich zumeist doch um den andauernden Widerstand der Uiguren, der dortigen Ur-Bevölkerung dieser flächenmäßig größten Provinz Chinas, gegen die Unterdrückung durch das heutige Peking. Vor wenigen Wochen verurteilte ein Gericht 20 Uiguren wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Organisation“ (worunter illegale Widerstandsgruppen zu verstehen sind) und wegen „Aufrufs zum Separatismus“ (also gegen die chinesisch-kommunistische Fremdherrschaft und für die Errichtung eines eigenen Staates). 18 von ihnen erhielten Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren, zwei bekamen lebensläng-

lich. Gegen einen weiteren Bewohner der Provinz verhängte ein Volksgericht in Bayingolin die Strafe von zehn Jahren: Er hatte Online-Chat-Räume organisiert, „um Separatismus, Gewalt und religiösen Extremismus zu verbreiten“. In einem anderen Fall hatte ein Kreis das uigurische Programm des amerikanischen Senders „Radio Freies Asien“ abgehört und dann über das Internet seine Landsleute aufgefordert, „sich einer Anpassung an die Chinesen zu widersetzen und für die Freiheit zu kämpfen“. Vom Volksgericht Kashgar wird gegenwärtig gegen vier Gruppen mit 19 Uiguren die Anklage vorbereitet. Diese sollen per Video für ost-turkestanische Widerstandsgruppen geworben, Waffen angekauft und Attentate geplant haben. Als Anfang der 1990er Jahre die einstigen

Sowjet-Republiken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan unabhängig wurden, keimte auch bei den Uiguren in China Hoffnung auf eine gemeinsame uigurische Republik, doch wurde ihr Freiheitsdrang in nicht wenigen Aufständen vom Peking Militär gnadenlos unterdrückt: Bei dem Aufbruch 1997 in Ily „verschwanden“ rund 8000 Rebellen, in der Hauptstadt Urumchi gab es 2009 bis zu 1000 Erschossene und ca. 3000 Verhaftete. Bis heute ist dieser Widerstand nicht verstummt, nach wie vor scheint der Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit ungebeugt zu sein. Daß die Peking Spionage in den letzten zwei Jahren verstärkt gegen in Europa lebende Exil-Uiguren vorgeht, wird kein Zufall sein.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Aufarbeitung hat viele Facetten

Ein Gespräch mit der neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker

stacheldraht: Frau Neumann-Becker, was war Ihre persönliche Motivation, sich für die Stelle der Landesbeauftragten zu bewerben?

Neumann-Becker: Ich habe mich auf die Stelle der Landesbeauftragten beworben, weil mir die Aufarbeitung unserer Vergangenheit ein wichtiges Anliegen

ist. Aufarbeitung bezieht sich nach der gesetzlichen Vorgabe in Sachsen-Anhalt auf die Tätigkeit und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Dafür braucht es Forschungs- und Bildungsprojekte, die sich mit konkreten Themen beschäftigen. Die Aufarbeitung bezieht sich auch auf die Information und Beratung von Menschen, die ihr eigenes Schicksal rekonstruieren und die Rehabilitation von Unrecht anstreben. Und ebenso bezieht sich Aufarbeitung auf die Arbeit in und mit Gedenkstätten. Wir haben hier also eine Vielzahl von Aufgaben, über denen der Begriff Aufarbeitung steht.

stacheldraht: Die Stelle war jetzt knapp drei Jahre nicht besetzt, und Sie sind erst seit wenigen Wochen im Amt. Was haben Sie vorgefunden?

Neumann-Becker: Mein Stellvertreter hat in dieser Zeit fach- und sachkundig die laufenden Geschäfte geführt. Das Team in Magdeburg hat die Beratungsarbeit, die Begleitung von Menschen hinsichtlich ihrer Anliegen bei verschiedenen Behörden, die Forschungsprojekte und auch einige Publikationen weiter bearbeitet oder neu begonnen.

stacheldraht: Wie ist die Aufgabenverteilung unter den Mitarbeitern?

Neumann-Becker: Mein Stellvertreter ist genaugenommen so ziemlich für alles zuständig. Des weiteren arbeitet in unserer Geschäftsstelle ein Referent mit juristischem und beraterischem Arbeitsschwerpunkt, der weitgehend die 40 bis 50 Sprechtag pro Jahr abdeckt, an denen er in den Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften und Kreisstädten mit einem Sozialarbeiter und einer Mitarbeiterin des Bundesbeauftragten die Bürger vor Ort berät. Er hat bislang auch die Behörde im Stiftungsrat der Gedenkstättenstiftung und in der Konferenz der Landesbeauftragten vertreten. Darüber hinaus gibt es eine Mitarbeiterin, die ebenfalls in der Beratung tätig ist, die die Kontakte zu den Verbänden organisiert und für die Zuwendungen verantwortlich ist. Die Büroleiterin muß den Überblick über alle Termine, Anfragen und Vorgänge behalten.

Die Behörde ist Einsatzstelle für das Freiwillige Soziale Jahr in der Politik. Gerade

arbeitet im FSJ eine junge Frau aus der Ukraine mit, die sich mit den Themen Demokratisierung, bürgerschaftliches Engagement und Rolle der Frauen in der Demokratie beschäftigt. Außerdem ist die Behörde eine gefragte Praktikumsstelle für Studierende, die hier ihre Forschungsthemen bearbeiten können.

stacheldraht: Was haben Sie sich für die nächsten Wochen und Monate vorgenommen?

Neumann-Becker: Nach innen liegt natürlich ganz oben auf, die Behörde und die Mitarbeitenden kennenzulernen. Damit verbunden ist die Frage nach dem Sachstand bei den einzelnen Vorhaben. Wir haben uns vorgenommen, eine Bestandsaufnahme der abgeschlossenen und laufenden Forschungsprojekte gemeinsam mit den BStU-Außenstellen Halle und Magdeburg vorzunehmen, um dann das weitere Vorgehen zu beraten. Mit dem Vorstand der VOS habe ich mich bereits getroffen. In Sachsen-Anhalt gibt es gut ausgebaute Kontakte mit den Verbänden, die sich regelmäßig in der Behörde treffen.

In den nächsten Wochen und Monaten werde ich mich mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Bildung und Forschung treffen, um mich vorzustellen und die entsprechenden Themen zu beraten. Ich werde mit den Stiftungen, mit Vereinen und vielen Einzelpersonen sprechen. Ich bin bei der Konferenz der Landesbeauftragten in Berlin gewesen. Wir haben verabredet, das Thema „Verlauf und Folgen der Medikamententests an DDR-Bürgern“ zu untersuchen. Dafür sollen auch die Pharmafirmen gewonnen werden. Es geht darum, Themen aufzugreifen und Schwerpunkte für die kommende Zeit zu verabreden.

Da lacht der Klassenfeind

„Müller besitzt eine verfestigt negative Einstellung zur sozialistischen Entwicklung in der DDR und die IM nehmen an, daß er die staatsbürgerliche Treue nicht wahren wird.“

(BV-Gera)



Birgit Neumann-Becker:
„Es gibt ein verfestigtes Erleben von Unrecht.“

Ich sehe beim Thema Aufarbeitung verschiedene Facetten. Da ist die Ebene der Vergangenheitsbewältigung. Wir brauchen Kenntnisse und Diskussionen über unsere Vergangenheit. Die Älteren brauchen die Reflektion ihrer eigenen Erleb-

stacheldraht: Gerade in Sachsen-Anhalt müssen Betroffene oft jahrelange Prozesse für die Durchsetzung ihrer Rechte bei Gerichten führen. Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Zusammenarbeit mit den Versorgungsämtern in Halle und Magdeburg, um diese Verfahren zu verkürzen und mögliche Klagen zu vermeiden?

Neumann-Becker: Gerichte sind in ihrer Entscheidung unabhängig, da verbietet sich eine Einmischung in die laufenden Vorgänge, aber auf Anfrage stehe ich für Gutachten gern zur Verfügung. Mit den Versorgungsämtern in Sachsen-Anhalt pflegen wir einen regen Erfahrungsaustausch und setzen uns, mit dem Einverständnis der Betroffenen, für die Belange der Antragsteller ein. Von uns organisierte Weiterbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter der Verwaltungs- und Versorgungsämter helfen dem besseren Verständnis der Mitarbeitenden gegenüber den Antragstellern und verkürzen auch die Bearbeitungszeiten. Anders als in einigen anderen Bundesländern ist in Sachsen-Anhalt in den Verfahren nach den Rehabilitierungsgesetzen ein Widerspruch nicht möglich. Es kann bzw. muß sofort geklagt werden. Davor scheuen viele Bürger zurück. Die Unzufriedenheit, die sich sonst im Widerspruchsverfahren „entladen“ hätte, bekommen wir nun zu spüren. In Verfahren vor dem Versorgungsamt ist jedoch weiterhin ein Widerspruch möglich.

Die Landesbeauftragte ist in regelmäßigem Kontakt mit den für die Rehabilitierung und die Versorgung im Landesverwaltungsamt zuständigen Stellen und kann auch vermittelnd tätig werden. Jedoch kann sie nicht über fehlende Nachweise oder Widersprüche in den Anträgen selbst, die gelegentlich vorkommen, hinweg helfen. Man kann davon ausgehen, daß positive Entscheidungen zeitnah erfolgen. Wäre jedoch ein Antrag nach der aktuellen Aktenlage abzulehnen, stellt das Landesverwaltungsamt in allgemein getroffener Absprache mit uns die Entscheidung zurück, um dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, für ihn günstige Nachweise zu beschaffen, so daß im Erfolgsfall nicht ein neues Verfahren anzustrengen ist, sondern einfach das alte, dann allerdings schon lange laufende Verfahren zu Ende geführt werden kann. So wird darauf Rücksicht genommen, daß u.a. die Erschließung der Stasi-Unterlagen immer noch nicht abgeschlossen ist.

stacheldraht: In Sachsen-Anhalt gibt es mehrere Opferverbände. Wie stellen Sie sich eine künftige Zusammenarbeit vor?

Neumann-Becker: Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Sechs Mal im Jahr treffen sich die Vertreter aller Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen aus dem Land hier in der Behörde mit Vertretern des Landesverwaltungsamtes und diskutieren aktuelle Probleme der juristischen und individuellen Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Daneben gibt es viele persönliche Begegnungen bei Veranstaltungen der Verbände und Vereine. Die Vereine sind rechtlich selbständig. Wir unterstützen auch weiterhin finanziell die Verbände und Vereine, zum Beispiel die psycho-soziale Beratung durch einen Psychologen, zentrale und dezentrale Gedenkveranstaltungen, die Erstellung von Ausstellungen und Veröffentlichungen und die Teilnahme der Vereinsmitglieder am Bundeskongreß der Landesbeauftragten und an anderen überregionalen Veranstaltungen.

stacheldraht: Bischöfin Junkermann sprach sich im letzten Jahr für Versöhnung zwischen Opfern und Tätern aus. Dabei stieß sie jedoch auf heftige Kritik. Was halten Sie als ehemalige Pfarrerin davon?

Neumann-Becker: Ich verstehe die Kritik. Viele Menschen leiden bis heute an der Vergangenheit. Hafterfahrungen, die furchtbaren Maßnahmen in Kinderheimen und Jugendwerkhöfen, die Machtausübung des Staates im Leben einzelner haben Spuren hinterlassen. Im neuen System sind die Verantwortlichen nur selten zur Rechenschaft gezogen worden. So stehen die Opfer als Geschädigte da, die vielleicht rehabilitiert wurden. Sie haben aber kein Gegenüber, das die Verantwortung für seine Taten tragen will oder muß. Es sind nur einige wenige, die bisher gesagt haben: „Ja ich war bei der Stasi und aus heutiger Sicht kann ich nicht mehr verstehen, wie ich damals so handeln konnte. Es tut mir leid, daß dieses oder jenes aufgrund meiner Entscheidungen oder Taten mit Ihnen geschah.“ Im Gegenteil, es gibt ein verfestigtes Erleben von Unrecht. Da beziehen die ehemals Verantwortlichen ihre sicheren Renten und viele Geschädigte haben durch Folgeschäden nur geringe Einkünfte. Was ist daran gerecht? Und wie können sich Menschen dann versöhnen? Zu Versöhnung gehören das direkte Gegenüber und Gerechtigkeit. Das direkte Gegenüber, mit dem Menschen sich versöhnen

*Jedes Jahr bekommt man weniger für sein Geld.
Wenn ich zum Beispiel an meinen Friseur denke...*

Sean Connery

Wenn auch die Haare weniger werden, die Seitenzahl bleibt gleich.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

könnten, fehlt meistens. Um Gerechtigkeit müssen viele erst kämpfen.

Ein Weg ist natürlich die Versöhnung mit sich selbst und mit seinem Leben. Anzunehmen, daß dieser Weg, den man gegangen ist, zu einem gehört und einen wesentlich ausmacht. Auch stolz zu sein darauf, daß man das geschafft und durchgestanden hat. Dies ist Menschen zu wünschen, die durch schwere Zeiten gehen mußten. Dazu braucht es vielfach sozial-therapeutische Hilfe und die Unterstützung der Gemeinschaft. Ich verstehe aber auch Frau Junkermann. Sie nimmt wahr, daß da etwas offen ist und noch nicht in Ordnung. Der heftige Widerspruch hat deutlich gemacht, daß Versöhnung mehr eine Sehnsucht ist als eine Realität. Vielleicht ist gerade ihr „fremder Blick“ hier hilfreich gewesen. Ob die Antwort auf die Verwerfungen und das staatlich getragene Unrecht in der ehemaligen DDR als erstes Versöhnung heißt, bezweifle ich jedoch. Aber dennoch brauchen wir das öffentliche Gespräch darüber. Frau Junkermann hat einen neuralgischen Punkt getroffen und eine wichtige Debatte angestoßen. Das Ergebnis ist eine Konsultation, in der nach fördernden Möglichkeiten gesucht werden soll, wie Menschen Hilfe erfahren können. Daran werden wir im Zusammenhang einer Tagung in Kürze arbeiten.

stacheldraht: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Michael Teupel

Es zählt das Ergebnis

Zur Darstellung des sowjetischen Speziallagers in der Gedenkstätte Sachsenhausen

Der Ende Juli 2011 neu gewählte Vorstand der AG Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e.V., unter seinem Vorsitzenden Joachim Krüger (MdA), versucht nicht, mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten vergangene Konflikte noch einmal auszutragen. Es wird von uns vielmehr ein Minimalkonsens in vier zentralen Fragen mit vernünftigen, für alle Seiten zumutbaren, künftig tragfähigen Lösungen angestrebt. Es sind wahrlich bescheidene Forderungen und Wünsche, die wir im Namen der überlebenden Häftlinge des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1, aber vor allem auch im Andenken an die mindestens 12 000 Toten erheben.

Der erste und wichtigste Problemkreis betrifft den immer wieder von Zeitzeugen (ehemaligen Häftlingen) hartnäckig und auch glaubwürdig vorgebrachten Verdacht, daß es auf dem Gelände des ehemaligen KZ/Speziallagers weitere Leichenfelder aus der Zeit 1945 – 1950 geben soll. Glaubwürdig erscheinen diese Aussagen vor allem aus drei Gründen: Erstens sind die bisher namentlich im Totenbuch erfaßten ca. 12 000 Toten wahrscheinlich nicht alle verstorbenen Opfer des NKWD-Lagers. Der Zeitzeuge Helmut Klemke war jahrelang Helfer der Lagerärzte beim Sezieren der Leichen und hatte wie kaum ein anderer Einblick in die damaligen Abläufe. In seinem Buch „Geiseln der Rache“ hat er diese Zusammenhänge ausführlich beschrieben und auf Seite 173 Massengräber nördlich der Gärtnerei, Gießerei und des Industrie-

hofes eingezeichnet. Laut Klemke hat es in dem von ihm beschriebenen Bereich nach 1950 umfangreiche Aufschüttungen gegeben. Zweitens fällt auf, daß die Aussagen der Zeitzeugen sich alle auf dieselbe Verdachtsfläche (beginnend südwestlich des heutigen Kommandantenhofes hinter dem heutigen Museumsbau) beziehen. Drittens erscheinen diese Aussagen auch nach sechs Jahrzehnten glaubwürdig, weil sich solche existentiellen Erfahrungen unlöslich tief ins Gedächtnis einprägen und die Zeitzeugen über Jahre zentrale Beobachtungspositionen hatten (z.B. im westlichsten der „Schuschnigg-Häuser“).

Am 16. März dieses Jahres fand in der Gedenkstätte auf Wunsch unserer AG eine stark besuchte und auch von den Medien beachtete Veranstaltung statt, auf der der wissenschaftliche Mitarbeiter der Stiftung, Dr. Enrico Heitzer, einen fundierten Vortrag über die Anfang der 90er Jahre durchgeführten Grabungen und die bis heute gesicherten Ergebnisse hielt. Besonders aufschlußreich war für mich eine Information von Dr. Heitzer, den DDR-Behörden sei die Existenz der Leichenfelder bekannt gewesen und trotzdem seien diese Flächen militärisch genutzt worden, z.B. als Sturmbahn der NVA. Ich selbst hatte als Wehrpflichtiger 1969/70 unfreiwillig Gelegenheit, auf dieser Sturmbahn trainiert zu werden. Man muß zunächst einmal anerkennen, daß Dr. Heitzer sich dieser Problematik und auch der anschließenden (teilweise emotionalen) Diskussion öffentlich stellte. Gleichwohl erwartet die AG Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e.V. von der Stiftung, daß diesen ernst zu nehmenden (und in sich stimmigen) Aussagen von ehemaligen Häftlingen nachgegangen wird und das Schicksal der Opfer auch jetzt noch lückenlos aufgeklärt wird.

Das zweite wichtige Problem ist die Frage des individuellen Gedenkens an die toten Opfer (auch die Überlebenden waren natürlich Opfer). Hier ist mit der Fertigstellung des Totenbuches (das mit neuen Erkenntnissen auch korrigiert bzw. fortgeschrieben werden kann) von der Stiftung ein wichtiger Schritt erfolgt. Warum es nicht möglich war, auf der heutigen Gedenkstätte Kommandantenhof ein namentliches Gedenken aller bekannten Toten zu ermöglichen, soll hier nicht erneut

untersucht werden. Die von der Stiftung geschaffene Möglichkeit, durch Anbringen persönlicher Gedenktafeln außerhalb des Zaunes Angehörigen der Opfer ein individuelles Gedenken zu gestatten, wird von der AG als ergänzende Maßnahme akzeptiert und begrüßt. Ob nun gegenwärtig 24 oder am Ende 100 Gedenktafeln dort angebracht werden – es wird immer nur ein Bruchteil der bis jetzt namentlich erfaßten ca. 12 000 Toten sein. Deshalb und um aus den vergangenen Konflikten herauszukommen, hat der Vorstand der AG einen konkreten Vorschlag gemacht. Da laut Aussagen von Dr. Heitzer eine namentliche Zuordnung der 12 000 Toten auf die drei bisher bekannten Leichenfelder (Schmachtenhagener Forst, An der Düne, Kommandantenhof) ohnehin nicht möglich ist, sollte auf der der Zone 2 zugewandten Seite des Lagermuseums eine wetterfeste Namenstafel aller Toten angebracht werden. Dies würde den Überlebenden, aber auch den Angehörigen der Toten viel bedeuten. Frau Dr. Greiner, die Tochter eines verstorbenen Häftlings des Speziallagers Sachsenhausen, schrieb mir dazu am 31.12.2012: „Nach wie vor

Eine Tafel mit den Namen aller Toten

ist für mich die Anonymität der auf dem Kommandantenhof und auch auf den beiden anderen Friedhöfen in Massengräbern verscharrten Opfer – auch nach 60 Jahren – eine unerträgliche Last. Ich denke, diesbezüglich bin ich nicht allein. Sollten Sie eine Möglichkeit sehen, die Namen der im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen Umgekommenen – ähnlich dem Vorgehen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit in Gedenkmauern oder Stelen eingemeißelten Namen – zu erhalten, könnte man den Opfern wenigstens ihre Namen und damit ihre Würde zurückgeben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Das dritte zentrale Problem ist die Wiederherstellung des Tores zur Zone 2. Wiederherstellung meint nicht Durchgehbarkeit. Wir akzeptieren die Besucherführung zur Zone 2 über das Museum und das Lei-

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (0341) 9612443

Fax (0341) 9612499

chenfeld am ehemaligen Kommandantenhof. Das Tor zur Zone 2 ist der zentrale Punkt des NKWD-Speziallagers mit einem hohen Symbolgehalt für die ehemaligen Häftlinge. Sachsenhausen unterscheidet sich insbesondere durch diese Zone 2 von den anderen Lagern des NKWD. Denn hier ist ab Mitte 1946 ein Hochsicherheitslager für die willkürlich Verurteilten sowjetischer Militärtribunale errichtet worden, in dem die Gefangenen besonders grausam behandelt wurden. Der ehemalige Durchgang zur Zone 2 sollte der historischen Wahrheit entsprechend durch ein Gittertor in den authentischen Abmessungen – an der Außenseite existieren noch die originalen Pfeilerbauten – wiederhergestellt werden. Natürlich müßten die Besucher durch eine entsprechende Kommentierung (Tafel, wie an anderen Stellen auch) die geschichtliche Bedeutung dieser Stelle erklärt bekommen. Im Innenbereich existiert zur Zeit nur ein Gedenkstein, aber keine Erklärung der örtlichen Zusammenhänge. Die damalige Brandenburger Wissenschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin (heutige Bundesministerin), Prof. Dr. Johanna Wanka, hatte gegen vielfältige Widerstände einen Kabinettsbeschluß erwirkt, mit dem die Gedenkstättenstiftung 950 000 € für die Zugänglichmachung der Zone 2 und die Überarbeitung einer Ausstellung in Brandenburg-Görden erhalten sollte. Von den der Gedenkstätte im Herbst 2009 gewährten ca. 811 000 € sind nach unserer Kenntnis 316 530 € für die Zugänglichmachung der Zone 2 verwendet worden. Das jetzige Wegesystem in der ehemaligen Zone 2 entspricht nicht der historischen Wahrheit und ist nicht denkmalgerecht. Es erfolgte auch keine Darstellung der Umrisse der inzwischen abgerissenen Baracken wie im Inneren des SS-Lagers. Anzumerken ist, daß die Zone 2 inzwischen vollständig und massiv eingezäunt wurde. In den letzten 60 Jahren entstand ein dichter Baum- und Strauchbewuchs, der zur Zeit des SS- bzw. Sowjetlagers nicht existierte. Der heutige friedlich-idyllisch naturnahe Anblick läßt die einstmalige öde Trostlosigkeit des Lagers nicht mehr erahnen. Gleichwohl verlangt unsere AG keine generelle Rodung, sondern nur eine Schneise hinter dem einstigen Zugang zur Zone 2.

Gegen den dringenden Wunsch ehemaliger Häftlinge nach Öffnung der jetzigen Mauer beim ehemaligen Durchgang werden vor allem zwei Argumente vorgebracht. Erstens denkmal- bzw. baurechtliche Probleme, die an dieser Stelle nicht erschöpfend behandelt werden

können. Generell kann ich nach 20-jähriger dienstlicher Erfahrung als stellvertretender Landrat hierzu sagen: Wo ein politischer Wille ist, findet sich auch ein juristisch sauberer Weg. Das zweite Argument lautet, dieser Durchgang habe zur NS-Zeit nicht bestanden und sei den Opfern des SS-KZ nicht zuzumuten. Nach dieser Logik müßte man als erstes den jetzigen Obelisken und das davorstehende verlogene Sowjetdenkmal abreißen, denn auch diese Baulichkeiten wurden nach 1945 errichtet. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es war nicht die Schuld der Sowjetsoldaten, daß sie uns 1945 keine Freiheit brachten, denn sie waren ja selbst nicht frei, sondern gefangen im stalinistischen Terrorsystem. Die jahrelange unmenschliche und qualvolle

60 000 Gefangene ohne rechtsstaatliches Verfahren

Isolationsfolter von 60 000 Menschen unterschiedlichster Herkunft, darunter auch viele Ausländer (Russen), Jugendliche, ja Kinder, Gegner der Zwangssowjetisierung, nominelle Nationalsozialisten (meistens niedere Funktionsträger) und nicht wenige ehemalige Verfolgte des Nazi-Regimes (z.B. Sozialdemokraten und sogar jüdische Opfer des NS-Regimes) überließ Tausende dem Hungertod. Dies aber ist durch nichts zu rechtfertigen. Schon die Verhaftungen erfolgten völlig willkürlich oft infolge von Denunziation oder rein zufällig. Kein einziger der 60 000 Gefangenen des NKWD-Lagers in der Zone 2 erhielt ein rechtsstaatliches Verfahren. Der verstorbene ehemalige Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, hat einmal gesagt: „Wenn ich an einen Menschen denke, der in einem sowjetischen Lager auf der Pritsche liegt, dann ist er in diesem Augenblick mein Lagerkamerad, und alles was man ihm antut, tut man mir an.“ Den Opfern des SS-Terrors wird nichts weggenommen und die getrennte Erinnerungskultur nicht beeinträchtigt, wenn an einer Außenwand des NS-KZ (also nicht im KZ) ein Durchbruch entsprechend der historischen Wahrheit erfolgt.

Das vierte Problem betrifft die jetzige Museumsausstellung des NKWD-Speziallagers Sachsenhausen. Da dieser Fragen-

komplex mit der Gedenkstättenstiftung noch nicht ausführlich kommuniziert wurde und die Mitglieder unseres Verbandes noch an konkreten Vorschlägen arbeiten, möchte ich es bei einigen Stichpunkten belassen. Neben vielen technischen Unzulänglichkeiten und Mängeln der Ausstellung fällt auf: Es wird in einer monotonen Didaktik auf eine wirkliche geschichtliche Einordnung des Phänomens der NKWD-Lager in Deutschland verzichtet. Denn diese waren nur ein kleiner Bestandteil des gigantischen GULag-Systems in allen Ländern des Sowjetimperiums. Die Errichtung von NKWD-Lagern ausgerechnet in ehemaligen Nazi-KZ war eben keine legitime Abwehrmaßnahme der sowjetischen Besatzungsmacht auf Grund alliierter Beschlüsse zur Aufarbeitung der NS-Diktatur. Es ging vielmehr um die Implantierung des Sowjetsystems gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung aller Länder im sowjetischen Volksgefängnis nach der Aufteilung von Jalta. Entscheidend war nicht, wie man zu Hitler gestanden hatte, sondern wie man zu Stalin stand. Ehemalige Nazis, die nun mit den Kommunisten paktierten, waren „gute Nazis“ (hatten sich geändert), und die Nazis im Westen waren eben die alten geblieben. Primitiver geht es kaum. Es fehlen in der jetzigen Museumsausstellung auch praktische Darstellungen über die Lebensverhältnisse der Häftlinge, z.B. die totale Überbelegung, die Isolation von der Außenwelt, medizinische Unterversorgung, eine gegenständliche Präsentation der täglichen Essensrationen in den einzelnen Phasen der Lagerzeit und die damit korrelierende Sterberate. Die in den 90er Jahren erfolgten Rehabilitierungen in der UdSSR bzw. Rußland werden nicht ausreichend dargestellt. Es ließe sich noch vieles zum gegenwärtigen Museum sagen, weniger zu dem, was ausgestellt wird, als zu dem, was fehlt!

Die regelmäßigen Besprechungen unseres Vorstandes mit dem Direktor der Gedenkstättenstiftung, Prof. Dr. Günter Morsch, verlaufen seit geraumer Zeit von beiden Seiten im Stil höflich und auch sachlich. Aber das allein genügt nicht, denn wir unterhalten uns nicht über die schönen Künste, sondern wollen noch zu Lebzeiten der letzten überlebenden Häftlinge für ihre wahrlich bescheidenen Anliegen endlich zu Lösungen mit dem Stiftungsvorstand bzw. dem Stiftungsrat kommen. Es zählt am Ende allein das Ergebnis.

Michael Ney
Stellv. Vorsitzender der AG Lager
Sachsenhausen 1945–1950 e.V.

„Bulgarien 1944 – 1989. Verbotene Wahrheit“

Wanderausstellung in Sofia und Berlin eröffnet

(st) Bis heute wenig bekannte Fakten aus der neueren Geschichte Bulgariens, vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Untergang der kommunistischen Diktatur, zeigt erstmalig die Wanderausstellung „Bulgarien 1944-1989. Verbotene Wahr-

Begleitfilm zur Wanderausstellung unter dem Titel „Verbotene Wahrheit“ der Sofioter Filmemacherin Irena Daskalova gezeigt werden. In diesem 45-minütigen Dokumentarfilm berichten Zeitzeugen von ihren dramatischen Schicksalen und per-

sönlichen Erlebnissen vor allem in der frühen Phase der Errichtung des kommunistischen Systems. Die Besucher der Ausstellung gewinnen durch solche Zeugnisse, zusammen mit den 17 Text- und Bildtafeln, einen tiefen Einblick in diesen Zeitabschnitt bulgarischer Geschichte.

Die Autoren Stoyan Raichevsky und Fanna Kolarova haben für jene bisher kaum aufgearbeitete Epoche viele Daten, Fakten und Dokumente aus den Archiven in Sofia

und Berlin zusammengetragen. Einiges kam dazu aus Privatbesitz, darunter Fotos, Abschiedsbriefe von Hingerichteten und Originalzeichnungen aus den sogenannten Arbeitsumherziehungslagern. Auf zwei von insgesamt 17 leicht aufzustellenden Roll-up-Bannern ist die in Europa fast unbekannt langjährig bewaffnet kämpfende Widerstandsbewegung „Gorjani“ dargestellt. Unbekannt auch der hier ebenso thematisierte blutig nieder-

geschlagene Streik der Tabakarbeiter in Plovdiv im Mai 1953, einen Monat vor dem Aufstand des 17. Juni in der DDR. Über diesen Widerstand gegen das kommunistische Regime und die erlittenen Repressalien der Bürger zu sprechen, war selbst im Familienkreis verboten. Damit diese ehemals verbotene Wahrheit nicht nach Erlangung der Freiheit weiterhin in der Gesellschaft verdrängt und verschwiegen wird, wurden von den Autoren Mitstreiter gesucht.

In der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus fand die in Berlin und Sofia lebende Autorin

Fanna Kolarova für ihre Projektidee nicht nur offene Ohren sondern aktive Unterstützung. Als weitere Partner konnten die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie das Landesbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bulgarien gewonnen werden. Am 13. März 2013 wurde im völlig überfüllten Europasaal des Mosse-Palais der Deutschen Gesellschaft von Prof. Dr. Peter Brandt, Sprecher des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft, und Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, in Anwesenheit des bulgarischen Botschafters, Radi Naidenov, nun die deutschsprachige Version der Ausstellung eröffnet.

Nach einem einleitenden Vortrag des ehemaligen Parlamentsabgeordneten Stoyan Raichevsky zum Thema „Das totalitäre Regime in Bulgarien 1944 – 1989 und der verzögerte Übergang“, folgte ein 15-minütiger Ausschnitt des erschütternden Begleitfilms. Eine angeregte Podiumsdiskussion unter Leitung von Dr. Martin Kirsch (Deutsche Gesellschaft), an der neben dem aus Sofia angereisten Raichevsky auch Gernot Erler MdB und Fanna Kolarova teilnahmen, vervollständigte diesen von vielen Teilnehmern gelobten Auftakt in Berlin.

Die Idee, diesen Teil osteuropäischer Geschichte anschaulich als multimediale Wanderausstellung zu gestalten, hat sich für die Macher als positiv erwiesen. In Deutschland gibt es mittlerweile An-



Podiumsdiskussion bei der Eröffnung in Berlin (v.l. Stoyan Raichevsky, Fanna Kolarova, Dr. Martin Kirsch, Gernot Erler).

heit“. Die Version in bulgarischer Sprache hatte ihre Premiere am 12. Oktober 2012 in Sofia, im Eingangssaal des Staatsarchivs mitten im Zentrum der Hauptstadt. Sie wurde vom Staatspräsidenten Rosen Plevneliev in Anwesenheit des deutschen Botschafters Matthias Höpfner unter großem Interesse der Bevölkerung eröffnet.

„Für mich drückt diese Ausstellung sehr klar und entschlossen aus, daß niemand den Totalitarismus rehabilitieren kann. Sie trägt die starke Botschaft, daß niemals mehr jemand Macht in seinen Händen halten darf, der die Wahrheit verbietet. Die Wahrheit über die Widerstandsbewegungen gegen den totalitären Staat darf nicht vergessen werden. Die Verbrechen des totalitären Staates müssen den nächsten Generationen aufgezeigt werden, sie dürfen nicht vertuscht werden. Die Wahrheit über die Opfer und die Repressionen des totalitären Regimes in Bulgarien muß im Gedächtnis bleiben“, sagte Präsident Plevneliev und wünschte der Ausstellung viel Erfolg. Nach Sofia ist die Ausstellung mittlerweile mit großem Erfolg in Karlovo gezeigt worden und wird demnächst in Stara Zagora, Burgas, Gabrovo und weiteren Orten zu sehen sein.

Bei der sich an die Eröffnung anschließenden Konferenz konnte vor einem hochinteressierten Publikum auch der



Text- und Bildtafeln der Ausstellung.

fragen aus Leipzig, Dresden, Plauen und Bremerhaven. Das Begleitbuch zur Ausstellung erschien bereits in zweiter Auflage in drei Sprachen (Bulgarisch, Deutsch, Englisch). Wer interessiert ist und mithelfen will, daß diese ausleihbare multimediale Dokumentation weite Verbreitung findet, erhält mehr Informationen bei der Gedenkbibliothek oder im Internet unter www.bulgaria1944-1989.eu.

Belter-Dialoge 2013

Bereits zum fünften Mal fanden am 23. April 2013 die Belter-Dialoge an der Universität Leipzig statt. Die Veranstaltungsreihe ist dem am 28. April 1952 in Moskau ermordeten Leipziger Studenten Herbert Belter gewidmet. Ausrichter ist die Konrad-Adenauer-Stiftung. Diesmal standen die Dialoge unter dem Motto „Heimat in der Diktatur“. Im Mittelpunkt der fünf anspruchsvollen Vorträge, die vom Landesbeauftragten der Konrad-Adenauer-Stiftung für Sachsen, Joachim Klose, moderiert wurden, stand die mißbräuchliche Verwendung des Begriffes „Heimat“, die mit der Blut- und Bodenideologie im Nationalsozialismus begann. Zu DDR-Zeiten sollte die fehlende politische Identifikation der Menschen mit dem Sozialismus durch ein neues Heimatbewußtsein ersetzt werden. Über den sozialistischen Heimatbegriff und seine gesellschaftliche Aneignung sowie über die Dachorganisation der heimatkundlichen Vereine, den Kulturbund der DDR, referierte Thomas Schaarschmidt (Potsdam). An Beispielen der Widerständigkeit von ideologischen Bildern bewies Hans Dieter Zimmermann (Berlin), wie zwiespältig, auch zufällig, die sogenannte geistige Heimat sein kann. Der

Verlust der Heimat durch Vertreibung, so Gerhard Barkleit (Dresden), wurde in der DDR nicht thematisiert und mit dem Begriff „Umsiedlung“ pervertiert.

Werner Gumpel, wie der gleichfalls anwesende Siegfried Jenkner zur Belter-Gruppe gehörend, sprach über die verlassene Heimat, die Flucht aus der DDR und die entsprechenden Folgen. Trotz langer und überaus schwerer Haftbedingungen in Workuta wie auch in anderen sowjetischen Lagern gelang den meisten politischen Häftlingen unter demokratischen Bedingungen ein erfolgreicher Start in der neuen Heimat.

Der Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt (Dresden) wies nach, daß wir auch in der Gegenwart einen emotionalen, über die Heimatliebe hinausreichenden Patriotismus brauchen.

Die abendliche Festveranstaltung wurde eingeleitet durch ein Grußwort von Rektorin Beate Schücking. Sie beließ es nicht bei allgemeinen Feststellungen zum Heimatbegriff, sondern ließ die Biographie des sächsischen Landeshistorikers Karl-Heinz Blaschke aufleuchten,

der ganz im Sinne von Luther sein Betätigungsfeld, seine Heimat – und das war Sachsen – nicht verließ und seine Forschungen gegen kommunistische Anfeindungen verteidigte.

Den abschließenden Festvortrag hielt der ehemalige Bürgerrechtler Konrad Weiss zu dem brisanten Thema „Warum ich nicht gegangen bin!“ Er blieb aus familiären, christlich bestimmten Gründen.

Heimat war für ihn nicht der sozialistische Staat und schon gar nicht die Partei. Es waren die Familie, Freunde, Gleichgesinnte, die ihn dort hielten und nicht zum Gehen ermunterten. Es war die menschliche Wärme, die er empfing und weitergab, dennoch blieben Zweifel. Eine überzeugende Haltung, die von den ca. 50 Zuhörern mit zahlreichen Fragen und viel Beifall honoriert wurde.



Foto: G. Wiemers

Belter-Dialoge 2013: Prof. Dr. Dr. Werner Gumpel, er kämpfte mit Herbert Belter im Widerstand.

Gerald Wiemers

Der große Transport

Von Sachsenhausen nach Hoheneck – eine Veranstaltung in Stollberg

Am 16. Februar 2013 fand in Stollberg im Erzgebirge, am Ort des berühmten Frauenzuchthauses Hoheneck eine bewegende Veranstaltung des Stollberger Fördervereins für eine Gedenkstätte Hoheneck statt.

Sie war gewidmet dem Andenken und der Erinnerung an den großen Transport von Sachsenhausen nach Hoheneck mit 1119 Frauen und 30 Kindern im Februar 1950.

Am Nachmittag trafen sich die Gäste, Vertreter der Stadt und des Landkreises zu einem Totengedenken am Gedenkstein der Hoheneckerinnen vor der Haftanstalt. Nach der Kranzniederlegung hielt der Stollberger Pfarrer im Ruhestand, Horst Escher, mit warmen und zum Nachdenken anregenden Worten eine Andacht. Musikalisch begleitet wurde das Gedenken vom Stollberger Posaunenchor.

Anschließend ging es zum frisch im historischen Gewand hergerichteten und prächtigen Festsaal der Stadt Stollberg, im Bürgergarten in der Nähe des Bahnhofs. Etwa 250 Gäste nahmen an den aufgestellten langen Tischen Platz. Diese waren mit kleinen Sträußen gelb leuchtender Narzissen dekoriert, insgesamt 1149 Stück: Symbol und sympathisches Zeichen für jede Frau und jedes Kind dieses Schicksalstransportes in die Ungewißheit weiterer Gefangenschaft.

Der Förderverein für eine Gedenkstätte mit seinem Vorsitzenden Dietrich Hamann stellte sich zum ersten Mal in der Öffentlichkeit vor. Sein Ziel ist es, so schnell wie möglich in Hoheneck eine Gedenkstätte einzurichten und zuerst die prägnanten Räume und Verließe für Besucher - mit geführten Rundgängen - zu öffnen. Diese Veranstaltung bildete den Auftakt dazu.

Außerdem an der Einrichtung und am Aufbau der geplanten Gedenkstätte maßgeblich beteiligt sind die Stadt Stollberg, der Eigentümer Freiburger, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und das Land Sachsen. Durch seine gesetzliche Festschreibung von Hoheneck im Gedenkstättengesetz 2012 hat das Land eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Gedenkstätte geschaffen. Andererseits hat Sachsen leider auch durch den Verkauf der Immobilie vor zehn Jahren eine Erschwerung der Ausgangssituation für die Einrichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte geschaffen.

Aus allen diesen o.g. Einrichtungen waren Vertreter gekommen. Grußworte an die Gäste richteten der Vertreter der Stadt, Hauptamtsleiter Reiner Kunz, der Landrat des Erzgebirgskreises, Frank Vogel und der Vertreter der UOKG, Rainer Schneider. Das Grußwort des Frauenkreises der



Wünschen sich eine Gedenkstätte: die einst in Hoheneck Inhaftierten (v.l.) Traudel Becker, Annemarie Krause, Erika Riemann, Margot Jann (dahinter), Anneliese Gabel, Rosemarie Schmidt, Lucie Fischer, Alexander Latotzky und Lenchen Köhler.

ehemaligen Hoheneckerinnen richtete die zweite Vorsitzende Edda Schönherz in Anwesenheit der Vorsitzenden Anita Goßler sowie der Ehrenvorsitzenden Margot Jann an die Versammelten.

Der Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde in Chemnitz, Dr. Clemens Heitmann, machte dem Förderverein Mut und wies auf die schon nachgewachsene Generation und ihre vielfache Unwissenheit hin mit den Worten: Wer nichts weiß, der braucht eine Gedenkstätte! Es sei eben ein Unterschied, ob man nur in Archiven alles über das Unrecht finde oder ob man über das Thema stolpere – angesichts der Burg Hoheneck! Clemens Heitmann ist zugleich Gründungsvorsitzender des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz. Zu Gast waren ebenfalls die beiden Bundestagsabgeordneten Maria Michalk aus dem Wahlkreis Bautzen und Marco Wanderwitz aus dem Erzgebirgskreis.

Einen informativen und sachkundigen Vortrag über das Zuchthaus, den Transport und die Situation im Winter 1950 hielt der Historiker Sebastian Lindner aus Dresden. Seine Doktorarbeit schrieb er zum Thema „Das Frauenzuchthaus Hoheneck seit 1945“, und er berichtete von seinen Funden in den Archiven: Auf Anordnung der sowjetischen Besatzungsmacht war die deutsche Polizei zur Unterbringung der gefangenen Frauen aus Sachsenhausen aufgefordert. Bei Ankunft des Transportes war Hoheneck leer, die Frauen waren die erste Belegung. In der Folge blieb es bis zur Schließung 2001 ein Frauenzuchthaus, in der gesamten DDR-Zeit ausgewiesenermaßen für politische Häftlinge und für Schwerverkriminalen. Waren 1950 bis zu den Entlassungen seit 1953 die SMT-verurteilten Frauen „unter sich“ geblieben, wurden in der Folgezeit absichtsvoll die nachrückenden politischen Häftlinge der DDR-Justiz mit Schwerverkriminalen zusammen untergebracht. Lindner legte eindrucksvoll

für das Jahr 1950 den insgesamt großen Mangel an allem dar, bei der Einrichtung, bei der Sanitärausstattung einschließlich der Heizung wie auch bei der Häftlingsbekleidung und ebenso bei der Verpflegung der Frauen.

Der informative Vortrag wurde fortgesetzt und quasi bestätigt durch einen beeindruckenden Zeitzeugenfilm zu demselben Thema. Alexandra Pohlmeier hatte ihn im Rahmen ihres laufenden Interviewprojekts mit SMT-verurteilten Frauen – das zugleich ein Förderprojekt der Bundesstiftung Aufarbeitung ist – als Werkstattfilm eigens für die Veranstaltung zusammengestellt. Mehrere Teilnehmerinnen am Transport erinnerten sich: Martha Unger, Anneliese Gabel, Rosemarie Schmidt, Gertrud Becker und Annelore Schwarzburg.

Zu den anwesenden Zeitzeugen gehörten Erika Riemann aus Hamburg, Annemarie Krause und Lenchen Köhler aus dem Erzgebirge, Lucie Fischer aus Wittenberg, Margot Jann aus Teltow, Gertrud Becker, Rosemarie Schmidt und Anne Gabel aus Berlin. Ein weiterer gern gesehener Gast war Alexander Latotzky, der 1950 als Baby mit seiner Mutter im Güterwaggon nach Stollberg gebracht worden war.

Ein ganz besonderes – und für die auswärtigen Gäste unerwartetes – Erlebnis waren die schönen musikalischen Einlagen mit Querflöte und Geige, die die beiden Schwestern Knauf aus Stollberg den Gästen darboten. Sie waren zugleich eine wunderbare künstlerische Abrundung dieses Nachmittags.

Einhellig großes Lob fand die Veranstaltung bei den ehemals inhaftierten Frauen. Es war eine angemessene Form der Information, des Gedenkens und der Ehrung, die den angereisten hochbetagten Opfern von Besatzungs- und Justizunrecht von Herzen gut tat. Wie zu hören war, wollen einige von ihnen den Stollberger Förderverein gern weiter unterstützen.

Abschließend darf nicht unerwähnt bleiben, daß der kleine und junge Verein, neben einer finanziellen Beteiligung der Bundesstiftung Aufarbeitung mit 1000 Euro, die ganze Veranstaltung aus eigenen Mitteln und vor allem mit Spenden einheimischer Firmen auf die Beine gestellt hatte. Eine bedeutende Spende kam dabei von der erzgebirgischen Sparkasse in Stollberg.

Stasi in NRW

„Die Stasi in Nordrhein-Westfalen und anderswo“

Vortrag von **Dr. Helmut Müller-Enbergs**,
Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter des BStU; anschließend Diskussion

Sonnabend, 8. Juni 2013, 13.30 Uhr

Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstr. 90 (ca. 5 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof), Raum 312, 40210 Düsseldorf

Eine Veranstaltung des VOS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Mechthild Günther

Akteneinsicht steht im Vordergrund

Tag der offenen Tür am 21. April 2013 in der BStU-Außenstelle Waldeck-Dummerstorf

Endlich wird es Frühling, die ersten zarten Vorboten sind zu spüren an diesem sonnigen Sonntagvormittag bei der Ankunft in Waldeck-Dummerstorf. Der Bus der Linie 113 ist heute deutlich stärker frequentiert gewesen als sonst. Ein älteres Ehepaar, welches auch schon an der Haltestelle in Rostock mit mir wartete, geht zielstrebig auf das Gebäude der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) zu. Die Behörde hat eingeladen zu ihrem diesjährigen Tag der offenen Tür, er steht unter dem Motto „Überwachte Hoffnung – Jugend und Geheimpolizei in der DDR“.

Das Info-Material ist nicht sehr aussagekräftig und so verschaffe ich mir durch einen längeren Rundgang durch das Gebäude einen Überblick über das, was heute hier zu sehen ist. Durchaus zahlreiche Besucher vermitteln den Eindruck, daß es nach wie vor eine große Nachfrage nach Akteneinsicht gibt. Persönliche Gespräche einiger Besucher mit den Behördenmitarbeitern zeigen zudem eine immer noch vorhandene starke Betroffenheit durch den und Angst vor dem „Kraken“ Stasi. Positiv zu spüren ist das insgesamt größere Selbstbewußtsein der Bürger, die mit Selbstverständlichkeit diese für sie geschaffene Behörde quasi in Besitz neh-

men, indem sie resolut zu ihren persönlichen Anliegen vorsprechen, ganz selbstverständlich mit den Behördenmitarbeitern kommunizieren, sich intensiv mit dem Ausgestellten beschäftigen. Die eigentliche Thematik des Tages tritt jedoch vor dem Wunsch vieler nach Klärung persönlicher Anliegen weit in den Hintergrund, was allerdings nicht unbedingt negativ ist, sondern den Mitarbeitern der Behörde signalisieren sollte, daß die persönliche Betroffenheit, der Wunsch, mehr zu erfahren über die eigene Akte, über die gegen die einzelne Person gerichtete Repression, nach wie vor in großen Teilen der Bevölkerung eindeutig im Vordergrund steht.

Die Außenstelle des BStU zeigt an diesem Tag zwei Ausstellungen, die sich mit dem Thema „Jugendopposition“ beschäftigen, eine weitere ist Ergebnis einer künstlerischen Auseinandersetzung von Gymnasiasten mit den Begriffen „Diktatur“ und „Demokratie“, zudem ist die Exposition „Stasi im Ostseeraum“ zu sehen. Hervorzuheben ist sicherlich die Ausstellung „Jugendopposition in der DDR“ der Robert-Havemann-Gesellschaft. Sie zeigt an Einzelschicksalen eindrucksvoll und leicht verständlich, wie grausam und teilweise brutal sich Widerstand gegen die Diktatur auswirkte. Szenische Lesungen von

Auszubildenden des BStU, ein Vortrag des Außenstellenleiters Dr. Volker Höffer und Filmvorführungen sind weitere Angebote für interessierte Besucher. Genau mit der Reichhaltigkeit des Dargebotenen wird aber auch das Dilemma für die Gäste deutlich: Die Übersichtlichkeit leidet. Etwas weniger wäre wahrscheinlich mehr gewesen. Insgesamt ist jedoch festzustellen: Die Behörde zeigt bemerkenswerte Offenheit gegenüber ihren Besuchern, es werden tiefe Einblicke in die tägliche Arbeit gewährt, der sensible Umgang mit den Anliegen der Bürger fällt wohlthuend auf.

Als ich mich zur Heimfahrt rüste, treffe ich auf das ältere Ehepaar, welches am Morgen so zielstrebig den Weg zur Außenstelle einschlug. „Gut hat's uns gefallen!“, erzählen sie mir. In Sachsen – die beiden stammen von dort, wohnen aber schon länger im Norden – würde man jedoch offensiver mit der Aufarbeitung umgehen. „Sicherlich ist das den Mentalitätsunterschieden zwischen Nord und Süd geschuldet“, gebe ich zu bedenken. Der Bus zurück nach Rostock nimmt nachdenkliche und sichtlich bewegte Besucher mit nach Haus.

Jörg Plath

Leserbrief

Postkontrolle

Zum Beitrag „Zum Staatsfeind erkoren“, 1/2013, S. 19

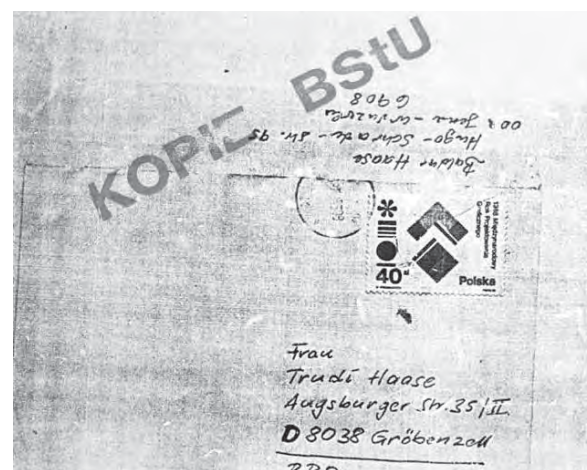
Der 1936 geborene Joachim Marckstadt ist etwas älter als ich und wurde fast zur selben Zeit (1958) vom selben Bezirksgericht in Gera zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Ich bekam drei Jahre und drei Monate. Gemeinsam ist uns auch (ich kenne ihn nicht persönlich), daß unsere Post, nachdem wir aus der Haft entlassen waren, nahezu bis zum Ende der SED-Herrschaft der „Inoffiziellen Postkontrolle“ unterlag, der so genannten „Linie M“ des MfS. Und das, obwohl wir in der DDR keine Führungskader wurden, keine „Geheimnisträger“ – rund 30 Jahre hindurch.

1. Beispiel: Im August 1988 schrieb ich aus Polen, wohin ich mit meiner Frau im

Zusammenhang mit einem Urlauberaustausch gelangt war, an eine Verwandte in Oberbayern einen Brief.

In meinen Stasiakten fand ich Kopien, die belegen, daß dieses rein persönliche Schreiben von den polnischen Sicherheitsbehörden in die DDR geschickt wurde. Meine Cousine bekam den Brief allerdings zugestellt, auf welchen Wegen ist mir nach wie vor rätselhaft.

2. Beispiel: Seit 1986 korrespondierte ich mit einem damals in Niedersachsen lebenden österreichischen Staatsbürger. Die Kopien eines Briefes an ihn, vom 7. August 1989, fand ich in meinen Ak-



Brief, von polnischen Sicherheitsbehörden dem MfS zugeleitet.

ten. Seine Familie, die heute in Kärnten lebt, zählt heute zu unserem Freundeskreis.

Baldur Haase, Jena

17. Juni in Berlin

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

auch in diesem Jahr wollen wir wieder in Berlin-Charlottenburg, am Steinplatz, des 17. Juni 1953 gedenken. Am

**Montag, dem 17. Juni 2013,
um 9.00 Uhr,**

findet die Gedenkfeier der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft statt. Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Der Veranstalter ist wie immer die Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Der Bundesvorstand

Gedenken anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

in diesem Jahr jährt sich zum 60. Mal der Tag des Volksaufstandes von 1953. Traditionell wollen wir anlässlich dieses geschichtsträchtigen Tages der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gedenken.

Hierzu laden wir Euch recht herzlich ein.

Die Gedenkveranstaltung findet am

**Montag, dem 17. Juni 2013,
11.00 Uhr,**

in der Parkanlage gegenüber dem Landgericht (Hohe Straße 23, 09112 Chemnitz) statt.

Dank des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis e.V. besteht im Vorfeld der Veranstaltung in der Zeit von 9.00 bis 10.30 Uhr die Möglichkeit, am besagten Gedenkort eine Ausstellung zum 17. Juni 1953 zu besuchen und an Führungen durch die ehemalige Untersuchungsanstalt teilzunehmen (www.gedenkort-kassberg.de).

Der Vorstand der
VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

Gedenktafel für Haftanstalt Chemnitz-Reichenhainer Str. 236

Während an den meisten ehemaligen Stasi-Haftanstalten Gedenktafeln für die einst dort inhaftierten politischen Häftlinge angebracht wurden, vermisste ich eine derartige Tafel an der ab 1969 gebauten Haftanstalt Chemnitz-Reichenhainer Str. 236. Ich war dort 1987 mehrere Monate inhaftiert. Wir politischen Gefangenen waren zusammen mit Kriminellen untergebracht und mußten in drei Schichten Getriebegehäuse für MZ-Motorräder herstellen. Zum Glück waren wir politischen Gefangenen in der Mehrzahl und konnten uns so gegenüber den Kriminellen behaupten.

Meinung

Zum „Streit um Deutungshoheit“

Wieder einmal ein sehr guter Beitrag von Horst Schüler in der Ausgabe 1/2013 – das sei zuerst gesagt. Natürlich, manchen stört es, daß wir und auch andere Europäer, vor allem Osteuropäer, Antikommunisten sind. Zu denen, die das stört, gehören auch immer wieder deutsche Historiker – und zwar jene Historiker, die schon als Studenten in West-Berlin hinter der Fahne des Massenmörders Mao marschierten oder sich von SED-Propaganda und Stasi vereinnahmen ließen. Daß sie heute bei uns im Osten, oft in gutbezahlten Posten, noch versuchen uns Schwierigkeiten zu machen, wundert nicht. Sie möchten gern die Deutungshoheit in der Geschichte beanspruchen. Andere (möglichst alle) sollen sich ihrem Anspruch und ihrer Deutung beugen. Aber so einfach geht das in einer Demokratie nicht – selbst wenn wir, was den Medieneinfluß betrifft, benachteiligt sind.

In einer Demokratie müssen unterschiedliche Meinungen genauso wie unterschiedliche Deutungen der Geschichte erlaubt sein. Als Wissenschaftler sollte man sich allerdings an der Wahrheit messen lassen. Wenn der amerikanische Historiker Edward Kerr schreibt: „In der Geschichte zählen letztlich nur die Fakten“, so mag das wahr sein. Fakten sind z.B. die Zahlen der Toten, die Hungerrationen in den Lagern, die Wassersuppe „Pülpe“ ohne jeglichen Nährwert, die Folterungen, die unmenschlichen Urteile ohne Schuldnachweis, die Todesurteile für völlig Unschuldige usw. Diese Fakten bedürfen aber immer einer Deutung: Warum wurde gemordet, warum hat man verhungern lassen, warum wurde gefoltert, warum wurden die Grenzanla-

Wer war auch in der Reichenhainer Straße, im damaligen Karl-Marx-Stadt, als politischer Häftling inhaftiert? Über die Unterstützung meines Vorschlags, an der besagten Haftanstalt für die einstigen politischen Gefangenen eine Gedenktafel anzubringen, würde ich mich sehr freuen. Textvorschlag: „Auf diesem Gelände waren in den 1970er und 1980er Jahren auch politische Häftlinge des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR inhaftiert.“

Dieter Gollnick, E-Mail gjudot@t-online.de,
Tel. 086 31 16 55 89

gen der DDR genauso wie im sowjetrussischen KZ Buchenwald gebaut? Manche Historiker sprechen von „Internierung“, manche sagen, man habe das „billigend in Kauf genommen“. Einzelne Historiker nennen Menschen, die sich für die Opfer kommunistischer Gewalt einsetzen, „militante Antikommunisten“. Das heißt, sie betrachten uns als politische Gegner und vergessen, daß ihr Anliegen als Wissenschaftler eigentlich wahrheitsgemäße Geschichtsschreibung sein sollte. Wenn wir uns wehren, dann müssen sich solche Historiker nicht wundern. Denn es sind Unwahrheiten, die sie, aus welchen Gründen immer, verbreiten. Bei der Deutung der jüngeren Geschichte, die Zeitgeschichte genannt wird, sind in Deutschland leider durch ideologische und politische Prägung die Gruppen sehr zerstritten. Nicht jeder Wissenschaftler geht unpolitisch heran. Eine wahrhaftige Geschichtsschreibung leidet darunter. Und das geht bis zu den Lehrbüchern und Lehrplänen für die Schulen.

In der DDR war das Parteiergreifen der Historiker von der Partei vorgeschrieben, da war kein Abweichen möglich. Seit 1989 kennen wir das Parteiergreifen bestimmter Historiker für die eine oder andere Gruppe und bei Auseinandersetzungen in den Gedenkstätten aus eigener freier Neigung. Es kostet immer wieder Kampf und Anstrengungen, bis einigermaßen befriedigende Kompromisse gefunden werden, denn es geht dabei nicht nur um die Wahrheit in der Geschichte, es geht um bestimmte Interessen und letztlich auch ums Geld.

Bernd Müller-Kaller

Veranstaltungen zum 17. Juni

9.6. (So), 10.00–18.00 Uhr:
Bürgertag zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes in Brandenburg und Potsdam. Mit einem Vortrag zum Aufstand am 17. Juni 1953 im Land Brandenburg (das Programm des Bürgertages ist ab Juni 2013 unter www.aufarbeitung@brandenburg.de zu finden); Veranstaltung d. LAKD Brandenburg u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

11.6. (Di), 19.00 Uhr:
Der 17. Juni 1953. Vortrag v. Prof. Dr. Arnulf Baring; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

11.6. (Di), 19.00 Uhr:
17. Juni 1953. Vortrag zur Eröffnung einer Ausstellung zu den Ereignissen in Mecklenburg-Vorpommern; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Dokumentations- u. Gedenkstätte d. BStU in der ehemaligen U-Haftanstalt der Stasi (Eingang gegenüber Supermarkt), Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

12.6. (Mi), 19.30 Uhr:
17. Juni 1953 und die Stasi-Berichte. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Roger Engelmann, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

13.6. (Do), 10.00 Uhr:
„Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 an verschiedenen Orten in Brandenburg“. Eröffnung d. Wanderausstellung; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg; Ort: Optik Industrie Museum Rathenow, Kulturzentrum Rathenow, Märkischer Platz 3, 14712 Rathenow

13.6. (Do), 10.00–17.15 Uhr:
Fachtagung **Der 17. Juni 1953 in Sachsen.** Ursachen, Ereignis, Wirkung und Rezeption; Veranstaltung d. Sächs. Landeszentrale f. politische Bildung, d. BStU-Außenstellen Chemnitz, Dresden Leipzig u.a.; Ort: Technische Universität „Altes Heizhaus“, Straße d. Nationen 62, 09111 Chemnitz; Anmeldung unter BStU-Außenstelle Chemnitz, Jagdschänkenstr. 52, 09117 Chemnitz, Tel. (03 71) 80 82-0, E-Mail astchemnitz@bstu.bund.de

13.6. (Do), 19.00 Uhr:
17. Juni 1953 und die Stasi-Berichte. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Roger Engelmann, BStU; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Volkshochschule Bremerhaven, Lloydstr. 15, 27568 Bremerhaven

13.6. (Do), 19.00 Uhr:
„Wir wollen freie Menschen sein“. Der 17. Juni 1953 in Leipzig. Film u. Gespräch mit Frey Klier, Autorin u. Regisseurin, Zeitzeugen des 17. Juni 1953 in Sachsen, Mod. Dr. Ulrich Mählert, Bundesstiftung Aufarbeitung; Veranstaltung d. Sächs. Landeszentrale f. politische Bildung u.a.; Ort: Technische Universität „Altes Heizhaus“, Straße d. Nationen 62, 09111 Chemnitz

„Sie hätten den Kater längst gegessen“

Es gibt nicht viele Menschen, die den Gulag in seiner grausamsten Form so lange erlebt haben wie Warlam Schalamow. Allein 17 Jahre an der Kolyma – „eine Welt des Leidens und des Grauens“ nennt sie Willi Beitz in einer ebenso knappen wie eindrucksvollen Broschüre über Schalamow, die man lesen sollte, um den richtigen Zugang zur Prosa des russischen Erzählers zu finden. Denn leichte literarische Kost ist das wahrlich nicht, die der 1907 in Wologda geborene Autor seinen Lesern bietet, doch wie sollte es auch anders sein, wenn es nur und ausschließlich um die Hölle von Kolyma geht?! 140 Erzählungen enthalten die vier Bände der Schalamow-Edition, und sie tragen zumeist nüchterne Titel, „Kondensmilch“ etwa oder „Beeren“. Man findet „keine Spur raunender Bedeutsamkeit oder Mehrdeutigkeit“, schreibt Willi Beitz, „und dennoch besteht zwischen Titeln und Text eine enge Beziehung: denn in der Verdammnis der Lagerwelt hängt an so banalen Dingen wie einer Büchse Kondensmilch, ein paar in der Taiga gepflückten Beeren womöglich das Überleben eines Häftlings“.

Auffällig ist, daß sich Schalamows Erzählungen nicht in die Welt der Politik drängen, daß sie keine Anklagen gegen den Terror Stalins erheben, jedenfalls nicht im Wortsinn. Doch die Schilderungen aus dem Reich des Bösen sind mehr als genug, um deutlich zu machen, wie schrecklich sich die alles beherrschende Macht der politischen Institutionen auswirkt, „wie der Einzelne von den Mächten des modernen Staates bedroht und vernichtet wird“. Schalamow: „Das Lagerthema, weit gefaßt, prinzipiell betrachtet – ist die größte, die Kernfrage unserer Epoche. Ist denn die Vernichtung des Menschen mithilfe des Staates nicht die Kernfrage unserer Zeit, unserer Moral?“

Der 1982 in Moskau verstorbene Autor also sieht sein Thema nur in der Welt der Lager. Allerdings nicht der Lager, wie sie Alexander Solschenizyn in seinem Buch „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ beschreibt, sondern der „echten Lager“, wie er sie nennt, die den Häftlingen in jeder Sekunde ihres Leidens die Hölle sind, nur und ausschließlich die Hölle. Und dabei scheut er auch Auseinandersetzungen mit dem anderen großen Gulag-Erzähler nicht. Zwar ist für ihn Solschenizyns eben genanntes Werk „eine Erzählung wie ein Gedicht – alles daran ist vollkommen, alles schlüssig“.

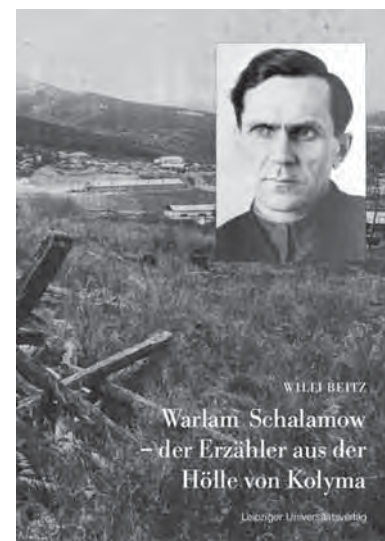
Aber das Lager, in dem Solschenizyn seinen literarischen Helden Schuchow sieht, nennt er ein leichtes Lager, eines, in dem der Häftling zum Beispiel einen Löffel hat. Schalamow: „Ein Löffel ist für ein echtes Lager ein überflüssiges Werkzeug. Suppe wie Grütze sind von solcher Konsistenz, daß man sie aus dem Napf trinken kann, und um die Sanitätsstelle schleicht ein Kater herum – unglaublich für ein echtes Lager – sie hätten den Kater längst gegessen.“ Schalamow in einem Brief an Solschenizyn: „Denken Sie daran, das Wichtigste: Das Lager ist eine negative Schule vom ersten bis zum letzten Tag für jedermann.“ Deshalb auch habe er beschlossen, „sein ganzes Leben jener Lagerwahrheit zu widmen“, die er selbst so lange erlitten hat.

Mit Nadeshda Mandelstam oder Anna Achmatowa zählt Warlam Schalamow zur russischen Gruppe der Akmeisten. Er hat nur Verachtung für eine Romantisierung der Realität, die Prosa eines Isaak Babel etwa nennt er „literarischen Schnickschnack“.

Für ihn ist Prosa „eine schlichte und klare Darlegung von Lebenswichtigem“. Und ein andermal schreibt er: „Keine Prosa des Dokuments, sondern eine Prosa, die durchlitten ist wie ein Dokument.“ Dennoch sieht seine Übersetzerin Gabriele Leupold in Schalamows Texten „eine verborgene Musikalität“, die etwa in der kompositorischen Geschlossenheit seiner Erzählungen zu spüren ist.

Mit Recht tadelt Willi Beitz das beschämende Bild der „westlichen Rezeption“, so habe zum Beispiel ein Kölner Verlag 1967 Texte Schalamows veröffentlicht, jedoch nicht einmal seinen Namen richtig geschrieben, „man nannte ihn kurzerhand Schalanow“. Und in dem 1979 erschienenen „Knaurs Lexikon der Weltliteratur“ ist er sogar völlig vergessen worden.

Horst Schüler



Willi Beitz: *Warlam Schalamow – der Erzähler aus der Hölle von Kolyma*, Leipziger Universitätsverlag 2012, 80 S., 12,- €

Stasi entdämonisiert

Das neue Buch von Ilko-Sascha Kowalczyk, „Stasi konkret – Überwachung und Repression in der DDR“, sorgte schon vor Erscheinen in den Kreisen derjenigen, die sich mit Aufklärung des SED-Unrechts befassen, für Unruhe. Ausgelöst wurde diese Unruhe durch Vorab-Veröffentlichungen in Super-Illu und Spiegel, die sich hauptsächlich mit einem Aspekt befassen: der Anzahl von der Stasi geführten Inoffiziellen Mitarbeiter (IM).

Im Jahr 1989 war Stasichef Mielke noch eine interne Statistik vorgelegt worden, die von knapp über 102000 IM ausging. In den Jahren danach ist diese Zahl von der BStU immer wieder nach oben korri-

giert worden und betrug zum Schluß 189000 IM. Das ließ die Stasi im nachhinein monströser erscheinen, als sie es war.

Was Kowalczyk geltend macht, daß IM nicht gleich IM war, daß eine erhebliche Anzahl Angeworbener gar nicht – oder kaum – über Mitmenschen berichtet und nur allgemeine Stimmungseinschätzungen abgegeben hat, weiß jeder, der eine umfängliche Stasiakte eingesehen hat. Die Bandbreite reicht von eifrigsten

Zuträgern, die sichtlich gern und gründlich berichtet haben, bis zu, um ein Beispiel aus meiner Akte anzuführen, 16jährigen Waisen, die nicht gewagt haben, sich der Stasi-Werbung zu widersetzen, aber dann so dämliche Berichte schrieben, daß die Stasi bald auf ihre Mitarbeit verzichtete.

Ich hätte mir gewünscht, daß Kowalczyk gründlicher herausgearbeitet hätte, wie es zu dieser Fokussierung auf die Inoffiziellen Mitarbeiter in der öffentlichen Diskussion kam. Einen Hinweis gab Wolfgang Berghofer, der ehemalige Oberbürgermeister von Dresden, der von einem Krisentreffen Anfang Dezember 1989 berichtete, das mit Modrow, Wolf, Gysi und ihm stattgefunden hat, in dem beschlossen wurde, den Volkszorn, den damals die SED zu spüren bekam, auf die Staatsicherheit

zu lenken. Vor der Öffnung der Stasiakten wiederum gelang es, durch Veröffentlichung spektakulärer Fälle, die Aufmerksamkeit der Medien auf die IM zu richten. Die Weltöffentlichkeit war erschüttert über Enthüllungen, daß Ehemänner ihre Frauen, Brüder ihre Brüder, Eltern ihre Kinder oder umgekehrt, beste Freunde ihre besten Freunde bespitzelt haben. Dabei gerieten die gleichzeitig offengelegten Maßnahme- und Zersetzungspläne der Stasi-Offiziere, die das Zerstören von Berufskarrieren, von Ehen und Familien, des Rufes von Menschen, von Freundschaften und manchmal von Leben minutiös planten, aus dem Blickfeld.

Kowalczyk weist richtig darauf hin, daß die Stasi viel weniger effektiv gearbeitet hat, als die Öffentlichkeit heute annimmt. Der geplante Mordversuch am Schriftsteller Jürgen Fuchs, der ausgeführt wurde, als der bereits in West-Berlin war, scheiterte zum Glück. Mordplanungen, die Rainer Eppelmann und Ralf Hirsch in ihren Stasi-Akten fanden, blieben auf dem Papier. In meinem Buch „Virus der Heuchler“ habe ich im Zusammenhang mit meinem Berufsverbot darauf hingewiesen, daß es einen Maßnahmeplan der Stasi gab, auch gegen andere Mitglieder des Pankower Friedenskreises Maßnahmen zur Behinderung oder Beendigung ihrer beruflichen Karriere zu ergreifen, die aber, so resümierte unser Bearbeiter Oberleutnant Kappis, „aufgrund unterschiedlicher Probleme (Krankheit, Urlaub, mehrfach nicht angetroffen, Arbeitsbereich gewechselt)“ nicht ausgeführt wurden. Das macht die Stasi nicht weniger schlimm, nur wird sie ihrer angeblichen Unfehlbarkeit, Perfektion und Allwissenheit entkleidet. Das ist auch dringend nötig, denn eine Dämonisierung der Stasi verstellt den Blick auf die wirklichen Abläufe und die Verantwortlichen hinter der Geheimpolizei. So konnte es passieren, daß die umbenannte SED schon bald in den Medien reüssieren konnte. Sie wurde, obwohl Befehlsgeberin der Staatsicherheit, kaum noch mit ihr in Verbindung gebracht.

Kowalczyk hat recht, wenn er darauf weist, daß es jede Menge Denunziationen gegeben hat, die nichts mit der Stasi zu tun hatten, weil sie der Partei aus eigenem Antrieb vorgetragen wurden. Um eine Diktatur richtig zu verstehen, muß man aber fragen, was die Auslöser dafür waren, das System freiwillig zu unterstützen. Nach über zwanzig Jahren recht einseitiger, stasifizierter Aufarbeitung der Diktatur-

Veranstaltungen zum 17. Juni

15.6. (Sa), 18.00–23.00 Uhr:
„Ulbricht, Pieck und Grotewohl, daß euch drei der Teufel hol“. Sonderführungen und Dokumentarfilme zur Langen Nacht der Museen in Bautzen; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

16.6. (So), 11.00–17.00 Uhr:
Der 17. Juni 1953 im Land Brandenburg. Führungen, Filme, Ausstellungen Vortrag; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Frankfurt/Oder u.a.; Ort: Gedenk- u. Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/O.

17.6. (Mo), ab 10.00 Uhr:
„Wir wollenfreie Menschen sein!“ **Thementag zum DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953.** 10.00–16.00 Uhr: Tag der offenen Tür mit Ausstellungen, Filmen, Musterakten, Führungen u.a.; Ort: BStU Außenstelle Gera, Haus 3, Herrmann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera; 18.30 Uhr: Ausstellungseröffnung u. Buchvorstellung; Ort: Gedenk- u. Begegnungsstätte im Torhaus, Amthor-durchgang 9, 07548 Gera; 19.00 Uhr: Gedenken im öffentlichen Raum mit Worten von Hildigund Neubert, LStU Thüringen; Ort: Gedenktafel Rudolf-Diener-Straße/Amthorstraße, Gera; 19.30 Uhr: Vortrag „Der Sturm auf die Gefängnisse am 17. Juni 1953“ mit Dr. Tobias Wunschik, BStU, Vorwort v. Landgerichtspräsident Peter Grandrath; Ort: Schwurgerichtssaal d. Landgerichts Gera, Rudolf-Diener-Str. 1

17.6. (Mo), 10.00 Uhr:
Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Kranzniederlegung anlässlich des 60. Jahrestages und Einweihung des Erinnerungsortes im ehemaligen Freihof an der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

18.6. (Di), 19.00 Uhr:
Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Wissenschaft und Erinnerungskultur. Podiumsdiskussion zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953; Veranstaltung d. BStU-Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

Veranstaltungen

6.6. (Do), 18.00 Uhr:
Verweigerte Anerkennung: Auswirkungen bei SED-Verfolgten. Vorträge u. Diskussion mit PD Dr. Arnd Pollmann, Otto-v.-Guericke-Universität Magdeburg, Prof.Dr. Jörg Frommer, Direktor d. Universitätsklinik für psychosomatische Medizin u. Psychotherapie, Magdeburg; Mod. Pfarrer Curt Stauss; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin



Ilko-Sascha Kowalczyk: *Stasi konkret – Überwachung und Repression in der DDR*, C.H.Beck Verlag 2013, 428 S., 17,95 €

6.6. (Do), 19.00 Uhr:

Stasi ohne Mythos. Buchvorstellung „Stasi konkret“ mit Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Autor u. Historiker, Dr. Joachen Staadt, Historiker, Dr. Stefan Wolle, wiss. Leiter d. DDR-Museums Berlin; Veranstaltung d. DDR-Museums Berlin; Ort: DDR-Museum, Karl-Liebknecht-Str. 1, 10178 Berlin, Besucherzentrum, Eingang St.-Wolfgang-Str. 2–3

11.6. (Di), 19.00 Uhr:

Chruschtschows Gegenbesuch zu John F. Kennedy. Vortrag u. Diskussion mit Jörg Morré, Historiker; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

12.6. (Mi), 18.00 Uhr:

Zeitzeugengespräch. Helmut Tisch, ehemaliger Häftling des Gefängnisses Leistikowstraße Potsdam, im Gespräch mit Gisela Kurze, Memorial Deutschland e.V.; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

18.6. (Di), 18.00 Uhr:

Milliarden D-Mark für die DDR. Hat der Westen die SED-Diktatur stabilisiert? Veranstaltung im Rahmen der Reihe „2x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1953–1989“ d. LStU Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

18.6. (Di), 19.00 Uhr:

John F. Kennedy im Visier der Stasi. Vortrag u. Diskussion mit H. Kulick, Journalist; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

25.6. (Di), 19.00 Uhr:

Zweimal Haft für die Freiheit. Vortrag v. Dr. Renate Werwig-Schneider; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

26.6. (Mi), 16.00 Uhr:

Jour fixe. Führung, Büchertisch u. Gespräche; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

26.6. (Mi), 19.00 Uhr:

Unbekannte Saiten der DDR-Geschichte. Performance-Künstler Ulli Sachse stellt seine „Kurze Geschichte der DDR in vierzig Geräuschen“ vor; Veranstaltung d. DDR-Museums Berlin; Ort: DDR-Museum, Karl-Liebknecht-Str. 1, 10178 Berlin, Besucherzentrum, Eingang St.-Wolfgang-Str. 2–3

geschichte der DDR plädiert Kowalczyk für ein notwendiges Umdenken und eine Korrektur der bisherigen Herangehensweise, besonders auch seiner Behörde. Daß er damit ein Buch gegen bestimmte Forscherkollegen geschrieben hat, wie Stefan Berg im Spiegel behauptet, kann ich dennoch nicht erkennen. Kowalczyk bezieht sich ausdrücklich mit ein, wenn er die gemachten Fehler analysiert. Zu hoffen ist, daß sein Anstoß groß genug war, um das nötige Umdenken zu bewirken.

Manchmal geht Kowalczyk aber zu weit, etwa, wenn er die Polizistenmorde von Erich Mielke relativiert, mit dem Hinweis, damals hätten kurz zuvor „Polizisten wieder mal einen Arbeiter erschossen“. Eine solche Übernahme kommunistischer Sicht auf die Weimarer Republik sollte einem Historiker nicht passieren. Kowalczyk hätte beim Zeitzeugen Erwin Jöris nachlesen können, daß der Kommunistische Jugendverband von der Parteiführung zur Gewalt angestachelt wurde. „Immer wenn die Parteispitze einen Märtyrer brauchte, hieß es: Jugend voran“, resümiert Jöris, der bei einer von den Kommunisten angezettelten Schießerei mit Polizisten seinen besten Freund verlor. Verzichtbar wäre auch die ausführliche Darstellung der Affäre Kniffel. Man wird nicht ganz schlau daraus, was der Autor damit sagen wollte. Das Leben der Privilegierten in der DDR hatte auch seine Tücken?

Sehr interessant dagegen sind die letzten Kapitel, in denen ziemlich gut herausgearbeitet wurde, wie sehr die Bürgerrechtler sich von den ausgebufften SED- und Stasi-Männern über den Runden Tisch ziehen ließen. „Sicherheitspartnerschaften“ mit dem MfS, obwohl es keinerlei Anzeichen für Gewalttätigkeiten der friedlichen Revolutionäre gab, und die vor allem die Aktenvernichtung sicherten, die Erlaubnis des zentralen Runden Tisches, daß die HVA ihre Akten kontrolliert vernichten durfte. Bärbel Bohley ließ sich von Gregor Gysi am 4.12.1989 einreden, die Stasi-Aktenvernichtung sei gestoppt und verbreitete diese Nachricht nach Leipzig, wo die nächste Montagsdemonstration stattfand.

In kommenden Auflagen sollten kleine, aber ärgerliche Fehler ausgemerzt werden, etwa der, daß Wolfgang Templin 1988 nicht ausgebürgert wurde, sondern mit DDR-Paß in den Westen ging. Kowalczyk hat ein Buch vorgelegt, das überfällig war. Bleibt nur zu wünschen, daß es breit zur Kenntnis genommen wird.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Horst Verworner am 16. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH, in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
Do 11-16 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39
E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gudrun Bär, Uwe Behne, Hans-Jürgen Besthorn, Jakob Bittermann, Ludwig Börner, Klaus-Peter Bucher, Gerold v. Busse, Dora-Elli Decker, Heinz Engert, Klaus Fischer, Klaus-Peter Fritsch, Uwe Gerig, Veronika Groschopf, Alexander Grow, Karl Gutzmann, Klaus Habenicht, Dieter Hannss, Dirk Hansen, Roland Hasselberg, Wolfgang Heilmann, Konstanze Helber, Harriet Hermerschmidt, Günter Jäger, Fritz Jurischka, Arthur Heinz Kleindienst, Horst Kluge, Gunther Kollensperger, Detlef Krastel, Hans Georg Kriebel, Clemens Krüger, Ingeborg Kuhne, Jobst Kühne, Dorothea Kunze, Manfred Langkath, Horst Lehne, Wilfried Liebusch, Maria Mannack, Annerose Matz-Donath, Dr. Bernd Palm, Erhard Radestock, Eike Radewahn, Dr. Dieter Reimitz, Felicitas Rosentreter, Rainer Schmiedel, Fritz Schneider, Dr. Walter Schöbe, Peter Schröter, Rüdiger Schwarze, Dr. Thomas Smolin, Heinz Steinbach, Siegfried Stoy, Klaus-Joachim Surma, Gerhard Täuber, Käte Tomaske, Günter Völkel, Margarete Weise, Dr. Walter Weller, Karl Wruck, Ferydoun Yazdi Nodushani

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wenn man die Redlichkeit eines Politikers allzu laut betont, zweifelt man an seinen Fähigkeiten.

Charles Maurice de Talleyrand

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. Mai 2013

